

mo

SOS
MITMENSCH

MAGAZIN FÜR
MENSCHENRECHTE NR. 68

IM GESPRÄCH
CORINNA MILBORN

IN SICHERHEIT
DIE ASTRONOMIN
AMENA KARIMYAN

FLAGGE ZEIGEN
LGBTIQ IN ÖSTERREICH

KOPFPORTAGE DAVON 1,25 EURO
2,50€
FÜR

WER TRAUT DEN MEDIEN?

Was MO-Kolporteur*innen erleben

Illustration: P.M. Hoffmann, Text: Thyra Veyder-Malberg



P.M. Hoffmann / Thyra Veyder-Malberg



JETZT SPENDEN!
IBAN: AT87 6000 0000 9100 0590
BIC: BAWAATWW



Foto: Lukas Ilgner

Puls4-Info-Chefin Corinna Milborn im Interview.

Liebe Leserin Lieber Leser

Vor rund 20 Jahren hatte Noam Chomsky (gemeinsam mit Edward S. Herman) „Manufacturing Consent: The Political Economy of the Mass Media“ geschrieben. Darin werden Massenmedien als ideologische, also keineswegs objektive Unternehmungen beschrieben, die Eigentümer*innen-Interessen vertreten und systemerhaltend agieren. Klingt hart, aber gerade deshalb, nach Inseratenkorruption, PR-Regierungen und prekären Corona-Regelungen, aber auch durch die wachsende Bedeutung „alternativer“ Medien im Internet und Social Media ist das Buch bis heute lesenswert. Wir wollen einen kleinen Ausschnitt beleuchten und haben mit Puls4-Infochefin Corinna Milborn ein Gespräch über den möglichen Vertrauensverlust in Medien geführt, während der Autor Vladimir Vertlib in einem persönlich gestalteten Essay die Chancen und Tücken des World Wide Web abwägt. Generationswechsel: Zwei junge Wienerinnen sehen das entspannter. Sie berichten, wie sie selbst entscheiden und über Social Media ihren eigenen Nachrichtenstream zusammenstellen.

Vertrauen sollte man definitiv auch in die Behörden haben. Im Fall eines 17-jährigen Somaliers, der an der steirischen Grenze um Asyl angesucht hat, wurde dieses erschüttert. Der Jugendliche wurde zurückgewiesen, konnte aber über den Anwalt Clemens Lahner zu seinem Recht kommen. Im Zuge einer Revision stellte das Landesverwaltungsgericht fest, dass an der Grenze „methodisch“ Pushbacks eingesetzt werden. Nachzulesen in MO 68.

Gunnar Landsgesell, Chefredakteur

INHALTSVERZEICHNIS



Foto: Lukas Ilgner



Foto: Karin Wasner



Foto: Teddy Osterblom, unsplash

Einstieg

- 2 CARTOON**
MO und der Hype
- 3 EDITORIAL**
- 6 NACHGEFRAGT ...**
... bei Anna Parr, Caritas-Generalsekretärin, über soziale Härten.
- 7 HANDLUNGSBEDARF**
Jede*r Sechste ist von Bundespräsidentchaftswahl ausgeschlossen.
- 8 SOS MITMENSCH: NEWS**
Fall Tina: Wiedergutmachung des BMI gefordert.

Dossier: Wer traut den Medien?

- 10 „DIE LEUTE BRAUCHEN JOURNALISMUS“**
Corinna Milborn, Puls-4-Infochefin, im Gespräch über den Vertrauensverlust in Medien und die Gründe dafür.
- 14 FORTSETZUNG DES KRIEGES MIT ANDEREN MITTELN**
Der Autor Vladimir Vertlib wirft einen kritischen Blick auf Medien, Internet und die sozialen Netzwerke.
- 17 CONNECTED**
Kann man sich über Social Media informieren? Zwei junge Wienerinnen erzählen, wie das geht.

Welt

- 20 FLUCHT VOR DEN TALIBAN**
Zuerst von Österreich ein-, dann eingeladen, saß die afghanische Astronomin Amena Karimyan vor einem Jahr in Pakistan fest. Wie geht es ihr heute?
- 23 GRENZSCHUTZ DURCH PUSHBACKS?**
Werden an der Grenze zur Steiermark systematisch Menschen zurückgewiesen? Der Fall eines 17-jährigen Somaliers, der um Asyl angesucht hat, legt das nahe.

26 „KÄMPFT FÜR EURE RECHTE!“

Die 17-jährige Schülerin Büsra Özcelik aus Steyr erzählt, was es heißt, Österreicherin ohne Pass und Wahlrecht zu sein.

29 IMPRESSUM

31 FLAGGE ZEIGEN

In Österreich reichte die Verfolgung von LGBTIQ-Menschen bis weit über die Nachkriegszeit hinaus. Ein vollständiger Diskriminierungsschutz steht bis heute aus.

34 AUFSCHREI GESUCHT

Femizide nehmen in Österreich kein Ende. Genauso wenig wie Gewalt gegen Frauen. Wie ist das erklärbar?

37 DA KANN EINEM SCHON MULMIG WERDEN

SLAPP – das sind Klagen mit dem Ziel, etwa Medien einzuschüchtern. Solche Fälle nehmen zu, sagt Anwältin Maria Windhager.

40 EINEN NEUEN MÖGLICHKEITSRAUM SCHAFFEN

Der Ausstellungsparcours „WHAT CAN BE DONE? Praktiken der Solidarität“ läuft noch in Traiskirchen.

Rubriken

42 KOLUMNEN

Martin Schenk: Die im Dunkeln sieht man nicht
Philipp Sonderegger: Meinungsbeherrschende Stellung
Clara Akinyosoye: Eine Frage des Überlebens

45 NEUES AUS DER PARALLELGESELLSCHAFT

Überlebens-Bingo
Kolumne: Nour El-Houda Khelifi

46 ANDERE ÜBER ...

Wir müssen die Verteilungsfrage stellen.
Kommentar: Ökonom Markus Marterbauer



ÖSTERREICH

#deineStimme

kann mehr als du denkst

Die Arbeiterkammer vertritt die Interessen von fast 4 Millionen arbeitenden Menschen in ganz Österreich. Sie ist #deineStimme für Gerechtigkeit.

AK.AT/DEINESTIMME

Arbeit
ohne Papiere,
aber nicht
ohne Rechte!

Kostenlose,
anonyme,
mehrsprachige
Beratung

Du arbeitest ohne Papiere (Aufenthalts- oder Beschäftigungserlaubnis)? Du musst länger als 12 Stunden am Tag arbeiten? Du hast deinen Job verloren und es fehlt noch Geld? Du bist krank, hast aber keine Versicherung?

Komm zu uns! Die **UNDOK-Anlaufstelle** informiert und berät dich – anonym, kostenlos und in verschiedenen Sprachen.

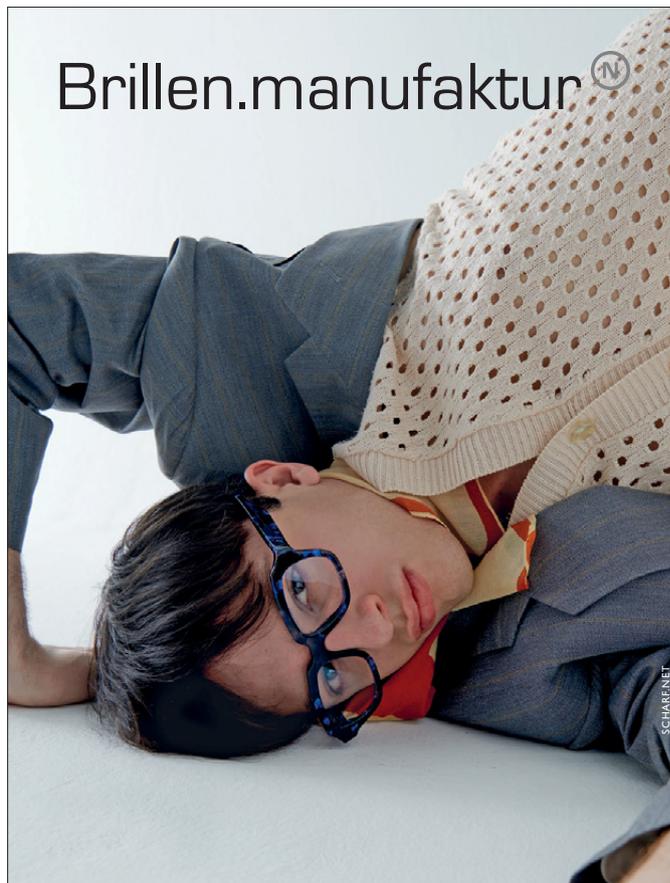
Beratung: Montag 9.00–12.00, Mittwoch 15.00–18.00 und nach Vereinbarung

www.undok.at
+43 (0)1 534 44-39040
office@undok.at
undok.at
undok_at



Anlaufstelle zur
gewerkschaftlichen
Unterstützung
UNDOKumentiert
Arbeitender

Brillen.manufaktur®



Neubaugasse 18 | 1070 Wien | brillenmanufaktur.info

NACHGEFRAGT

„Starke Zunahme der Anfragen“

Die Inflation ist hoch wie seit 40 Jahren nicht, 800.000 Menschen haben Probleme, den Haushalt zu finanzieren. Reichen die Maßnahmen der Regierung? Nachgefragt bei Anna Parr, Generalsekretärin der Caritas Österreich.

INTERVIEW: GUNNAR LANDSGESELL

Wie merken Sie die zunehmende Armutsgefährdung bei der täglichen Arbeit?

Es wenden sich Menschen erstmals an uns, die nie damit gerechnet hätten, jemals die Hilfe der Caritas zu brauchen. Menschen, die ohnehin im Supermarkt sehr genau abwägen, ob sich das Kilo Brot am Ende des Monats noch ausgeht – diese Menschen können sich das Alltägliche schlichtweg nicht mehr leisten. Unsere Caritas Sozialberatungsstellen melden eine starke Zunahme der Anfragen, ebenso unsere Lebensmittelausgabestellen. Teils gibt es schon Aufnahmestopps, weil wir nicht mehr genügend Lebensmittel für alle haben. Es ist dramatisch.

Die Bundesregierung lobt sich selbst mit einem der größten Entlastungspakete überhaupt, Sie fordern hingegen einen zielgerichteten Antiteuerungszuschlag ohne Gießkannenprinzip. Profitieren die falschen Zielgruppen von den angekündigten Milliarden?

Die Bundesregierung hat mit mittlerweile drei Teuerungspaketen viele Maßnahmen gesetzt – das ist anzuerkennen. Aber: Die Teuerung kommt schneller an als die beschlossenen Hilfen. Sie trifft Armutsbetroffene bzw.

Menschen mit geringem Einkommen ungleich härter. Deshalb fordern wir auch vehement ein, dass es jetzt treffsichere und schnelle Maßnahmen gibt. Für Herbst und Winter erwarten wir eine weitere gravierende Verschlechterung. Die Valorisierung der Sozial- und Familienleistungen ist für Jänner nächsten Jahres geplant – wenn aber die Inflation immer höher wird und auch die Energiepreise schon mit September weiter angehoben werden, dann muss auch diese Valorisierung vorgezogen werden.

Welche konkreten Maßnahmen schlagen Sie vor? Wie entkräftet man den Einwand, zielgerichtete Maßnahmen würden zu großen Bürokratieaufwand bringen?

Wir wissen, dass der Sozialstaat wirkt und Menschen, die Hilfe brauchen, über bestehende Daten und Mechanismen gut erreichen kann. Was wir aber auch sehen: Bei immer mehr Menschen, die erwerbstätig sind, reicht das Einkommen nicht mehr aus; sie suchen erstmals um Hilfe bei uns an. Das bestätigen auch Zahlen des Fiskalrates: Mittlerweile sind 35 Prozent aller Haushalte durch die Teuerungen massiv unter Druck. Die Bundesregierung muss



dringend die Datengrundlage herstellen, damit diese Menschen etwaige Einmalhilfen erhalten können, bis die Valorisierung greift. Das muss oberste Priorität haben.

Welche raschen Schritte fordern Sie?

Aus unserer Sicht braucht es bereits jetzt eine Valorisierung der Sozial- und Familienleistungen – bis Jänner nächsten Jahres können Familien nicht mehr warten. Falls das nicht gelingt, braucht es noch im Herbst einen Anti-Teuerungszuschlag für die einkommensärmsten 35 Prozent der Haushalte – und zwar für Empfänger*innen von Sozialleistungen ebenso wie für Erwerbstätige mit geringem Einkommen. Zweitens braucht es einen gesetzlich verankerten Abschaltstopp bei Strom und Gas diesen Winter. Und drittens muss die Regierung endlich alle Sozialleistungen auf ein armutsfestes Niveau anheben. Sozialhilfe, Arbeitslosengeld und Notstandshilfe müssen valorisiert werden. Und – wir wissen nicht, wie sich das nächste Jahr entwickeln wird: Es braucht Flexibilität, dass das Sozialministerium auch unterjährig Valorisierungen verordnen kann. (gun)

HANDLUNGSBEDARF

Ohne Wahl

Bei der Bundespräsidentenwahl darf bereits jede*r Sechste im Land nicht wählen. Im Parlament findet eine Mehrheit, das ist okay. Doch die Argumente sind mehr als fragwürdig.

TEXT: ALEXANDER POLLAK

Die Entwicklung ist dramatisch: Zwischen 1985 und 2022 ist der Anteil der in Österreich lebenden Menschen, die aufgrund ihrer Staatsbürgerschaft nicht wählen dürfen, von 3,7 Prozent auf fast 18 Prozent angewachsen. Unsere Demokratie erfährt dadurch tiefe Risse. Dennoch vertritt eine parlamentarische Mehrheit die Meinung, dass dieser Ausschluss in Ordnung oder gar ein „hohes Gut“ sei. Hat diese Mehrheit recht?

Ein Argument lautet, es gebe nirgendwo auf der Welt ein Wahlrecht für Nichtstaatsbürger*innen. Das ist falsch. Zwar gibt es tatsächlich nur wenige Länder, die es Menschen ohne Landesstaatsbürgerschaft gestatten, an nationalen Wahlen teilzunehmen, aber es gibt sie. Neuseeland ist ein Vorzeigebispiel. Dort können Personen mit langfristiger Aufenthaltsberechtigung bereits nach einem Jahr bei nationalen Wahlen mitstimmen. Viele andere Länder erlauben das Wählen auf kommunaler Ebene. Österreich gehört auch diesbezüglich zu den Schlusslichtern. Viele hier lebende Menschen dürfen nicht einmal auf Gemeinde- und Bezirksebene mitbestimmen.

Ein zweites Argument lautet, „Fremde“ hätten keinen Bezug zu Österreich und

könnten dem Land bei Wahlen Schaden zufügen. Fakt ist jedoch: Fast die Hälfte der Menschen ohne österreichische Staatsbürgerschaft lebt schon länger als zehn Jahre hier, mehr als ein Drittel sogar länger als 15 Jahre – und immer mehr sind hier geboren. Sie sind keine „Fremden“, sondern integraler Teil des Alltags und der Gesellschaft. Und sie leisten oftmals wesentliche Beiträge zur Wirtschaft und zum Staatswesen. Die Unterstellung, dass sie mehrheitlich Schlechtes für ihre Lebensumgebung (und damit auch für sich selbst) bewirken wollen, ist perfide und lebensfern. Ein weiteres Argument richtet sich dagegen, dass Menschen doppelt wählen könnten, in Österreich und in ihrem Staatsbürgerschaftsland. Diese Möglichkeit würde auf manche zutreffen, so wie schon derzeit bei einem Teil der Doppelstaatsbürger*innen. Auf einen erheblichen Teil würde das jedoch nicht zutreffen, denn viele Länder entziehen Menschen das Wahlrecht, wenn sie nicht dort leben. So kommt es, dass immer mehr hier lebende Menschen noch nie wählen durften, nirgendwo. Oft wird auch das Argument vorgebracht, das Wahlrecht sei etwas natürlich Gewachsenes und Unveränderliches. Die Geschichte lehrt etwas

anderes. Noch vor 130 Jahren war Mitbestimmung ausschließlich Wohlhabenden vorbehalten. Später wurde das allgemeine Wahlrecht geschaffen, aber nur für Männer. Es folgte der erfolgreiche Kampf für das Frauenwahlrecht. Seit dem EU-Beitritt darf ein Teil der Nichtstaatsbürger*innen auf kommunaler Ebene wählen. Und vor einigen Jahren wurde das Wahlrecht auf 16- und 17-Jährige erweitert. Veränderung ist also möglich und angesichts der wachsenden Demokratiekluft auch nötig.

Befeuert wird das Demokratieproblem auch durch die extrem hohen Einbürgerungshürden in Österreich. Selbst unter den im Land geborenen Menschen haben mehr als eine Viertelmillion nicht die österreichische Staatsbürgerschaft und damit keine demokratischen Beteiligungsrechte.

Viele Betroffene wollen dazu nicht länger schweigen. Sie wollen nicht mehr stimmlos und politisch unsichtbar sein. Die bis 4. Oktober laufende Pass Egal Wahl von SOS Mitmensch ermöglicht ihnen mehr als nur symbolischen Protest, sie zeigt auch, wie Demokratie gehen könnte und sollte. Ein Weckruf an die Politik.



Illustration: Petja Dimitrova

DEMOKRATIE

Bundespräsident-schafts-Pass-Egal-Wahl bis 4. Oktober!

Beinahe 1,4 Millionen Menschen im Wahlalter sind von der Bundespräsidentenwahl ausgeschlossen, obwohl sie in Österreich zu Hause sind. Einziger Grund: Sie haben keinen österreichischen Pass. Doch sie sind von allen politischen Entscheidungen mitbetroffen und ein integraler Bestandteil dieses Landes. Deshalb bietet SOS Mitmensch allen hier lebenden Menschen, unabhängig von der Staatsbürgerschaft, die Möglichkeit, bei der Pass Egal Wahl ihre Stimme abzugeben. Bis 4. Oktober können in Österreich lebende Personen für die Kandidat*innen der Bundespräsidentenwahl stimmen. Auch Solidaritätsstimmen von



Pass Egal Wahl: Die Stimmen von Menschen ohne österreichischen Pass werden ausgezählt.

Menschen mit österreichischem Pass sind willkommen. Gemeinsam mit Kooperationspartner*innen wird SOS Mitmensch Wahllokale in allen Bundesländern sowie die Möglichkeit der Briefwahl anbieten.

Darüber hinaus findet erstmals österreichweit eine Pass Egal Wahl an Schulen statt. Schulleiter*innen oder Lehrer*innen können ihre Schule bis 16. September anmelden – per E-Mail: pass-egal-wahl@sosmitmensch.at,

telefonisch: 01/5249900-18 oder über www.passegalwahl.at.

Auf der passegalwahl.at-Webseite gibt es Informationen zu allen Wahlorten und Wahlmöglichkeiten in ganz Österreich. In Wien findet am 4. Oktober von 15.00 bis 20.00 Uhr ein großes Wahl-Abschlussevent vor der Bundespräsidentenkanzlei statt. Anschließend werden österreichweit die Stimmen ausgezählt und das Ergebnis bekannt gegeben.

RECHTSWIDRIGE ABSCHIEBUNG

Wiedergutmachungsleistung des Innenministeriums gefordert

Mit dem Urteil des Verwaltungsgerichtshofs ist es amtlich: Die Abschiebung der in Österreich geborenen Tina und ihrer Familie war rechtswidrig. Das Innenministerium hat das Kindeswohl grob missachtet und eine Unrechtshandlung gesetzt.

Das Urteil hebt darüber hinaus das Lügegebäude aus den Angeln, das rund um Tinas Abschiebung aufgebaut wurde. Die Behauptung des damaligen Innenministers Karl Nehammer, die Abschiebung sei alternativlos gewesen, wurde vom Gericht als falsch entlarvt. Gleiches gilt für die Behauptung des



Behörden-Unrecht: Wo bleiben die Konsequenzen?

Leiters des Bundesamtes für Fremdenwesen und Asyl, es habe eine umfassende Kindeswohlprüfung stattgefunden. Eine solche hat es nie gegeben. Die Reaktion des Innenministeriums

ist skandalös. Das eigene Unrecht wird als Bagatelle abgetan. Eine Entschuldigung wird verweigert. Dabei wäre es mit einer Entschuldigung gar nicht getan. Vielmehr braucht es eine Wiedergutmachung für Tina und ihre Familie in Form von sicheren Aufenthaltstiteln und einer Entschädigungsleistung. Ohne Konsequenzen droht die Wiederholung des haarsträubenden Unrechts. Dagegen kämpfen wir entschlossen an. Für SOS Mitmensch ist das Kindeswohl nicht verhandelbar. Die Politik muss endlich sicherstellen, dass keinem Kind mehr Unrecht angetan wird.

GEFLÜCHTETE

Ältere Menschen und Familien im Porträt

SOS Mitmensch stellt in der Porträtreihe „Hier angekommen“ ältere Geflüchtete und Mehr-Generationen-Familien in den Vordergrund. Mit welchen besonderen Herausforderungen haben sie zu kämpfen? Wie geben sie ihrem Leben Freude? Und wie schafft man es, das Familienleben nach der Flucht neu zu definieren?

„Ich konnte die Sprache nicht und ich hatte niemanden, mit dem ich sprechen konnte, und das hat mich sehr traurig gemacht“, beschreibt Marceline Situ Mumpasi ihre schwierigen Anfänge in Österreich. Heute wünscht sich die 76-Jährige, die mit körperlichen Beschwerden kämpft, eine eigene kleine Wohnung und die österreichische Staatsbürgerschaft.

„Unser Ziel war, dass wir in Sicherheit und Frieden leben und unsere Kinder eine Zukunft haben. In Syrien war alles kaputt und wir konnten entweder gehen oder sterben“, erzählt das Ehe-



Marceline Situ Mumpasi steht als Geflüchtete auch vor altersbezogenen Herausforderungen

paar Ibrahim, das 2015 mit vier Kindern aus Syrien flüchtete. Der Familienzusammenhalt und die gegenseitige Unterstützung seien wichtig und eine große Hilfe gewesen, betonen sie.

„Ich habe einen Tag nach meiner Ankunft in Österreich Asyl bekommen. Die Familienzusammenführung hat dann allerdings fast zwei Jahre gedauert und das hat mich fertig gemacht“, berichtet der 62-jährige Ghousuddin Mir, der heute seine Erfahrungen nach der Flucht nutzt, um selbst Geflüchtete beim Ankommen zu unterstützen.

Die gesamte Porträtreihe finden Sie auf www.hierangekommen.at.

Arbeiterkammer unterstützt Pass Egal Wahl

Die Arbeiterkammer Wien hat im Frühjahr eine Initiative für einen besseren Zugang zum Wahlrecht und zur Staatsbürgerschaft gestartet. Jetzt unterstützt die Interessensvertretung der Arbeitnehmer*innen auch die Pass Egal Wahl von SOS Mitmensch. In der AK Wien wird es ein eigenes Wahllokal geben. Infos unter www.passegalwahl.at

Schulen eröffnen Wahllokale

Schulen in ganz Österreich halten anlässlich der Bundespräsidentenwahl Pass Egal Wahlen ab – ein wichtiger Beitrag zu politischer Bildung und ein Zeichen der Solidarität mit den 50.000 Schüler*innen, die aufgrund ihrer Staatsbürgerschaft nicht wählen dürfen. Anmeldung bis 16. September möglich. Infos: www.passegalwahl.at

Ausgrenzung von Muslim*innen auf Facebook

Bundeskanzler Nehammer und Integrationsministerin Raab richten auf Facebook regelmäßig Feiertagsgrüße an Christ*innen und Jüd*innen, aber nicht an Muslim*innen. Es handelt sich um eine gezielte Ausgrenzungsstrategie und einen Kniefall vor antimuslimischem Rassismus auf diesem breiten Kanal. Auf Twitter wird anders vorgegangen.



Ausgrenzung von Muslim*innen auf Facebook durch den Bundeskanzler.

ABSCHIEBEWAHN

Angehende Maturantin kämpft um ihre Zukunft

Ajla lebt seit sechs Jahren in Österreich. Sie hat die 7. Klasse Gymnasium mit sehr gutem Erfolg abgeschlossen. Dennoch hat sie einen Ausweisungsbescheid erhalten. Damit steht ihr soziales Leben und ihre gesamte Schullaufbahn auf dem Spiel. Schlimmer noch: Ajla wurde mit einem Wiedereinreiseverbot belegt, weil sie als „nicht selbsterhaltungsfähig“ eingestuft wird. Bleibt dieses Verbot aufrecht, dann wird ihr jede Chance genommen, mit einem Schüler*innen-Visum zurückzukehren und zu maturieren. Bildungs-Expert*innen wie Prof. Stefan

Hopmann und die ehemalige Schuldirektorin Heidi Schrodtr sind über den Fall bestürzt. Scharfe Kritik kommt auch von der ehemaligen Präsidentin des Obersten Gerichtshofs Irmgard Griss: „Allein schon aus rechtlichen Gründen ist es absolut inakzeptabel, dass Ajla ein Jahr vor der Matura Österreich verlassen soll. Ganz zu schweigen von den humanitären Gründen, die ganz massiv für ihren Verbleib in Österreich sprechen.“

SOS Mitmensch unterstützt tatkräftig die Initiative von Mitschüler*innen für den Verbleib von Ajla in Österreich.



„DIE LEUTE BRAUCHEN JOURNALISMUS“

Corinna Milborn, Puls-4-Infochefin, ist nie ganz weg vom Schirm. Nach dem Tod der Ärztin Lisa-Maria Kellermayr, die von Coronaleugner*innen massiv bedroht wurde, griff die Journalistin auch im Urlaub in die Tasten. In ihrer „Würdigung“ warnt sie vor der Bedrohung durch radikale Onlinegruppen und denkt auch über die Rolle der Medien nach. Ein Gespräch über schwindendes Vertrauen in Medien und womit das zu tun hat.

Interview: Georg Eckelsberger

Fotos: Lukas Ilgner

Kürzlich ist eine Umfrage von OGM erschienen, wonach Medien im Vertrauensindex stark verloren haben – sie liegen auf dem vorletzten Platz, dahinter liegt nur noch die Regierung. Erschreckt Sie das?

Mich schockiert das nicht, Medien und Politiker*innen waren immer schon ganz hinten. Fernsehmoderator*innen liegen übrigens weiter vorne. Da sieht man eine Person, und es ist leichter, Vertrauen zu haben, weil man eine gewisse Beziehung aufbaut.

Am meisten vertrauen die Österreicher*innen der Polizei und dem Bundesheer. Was sagt das über den Zustand unserer Gesellschaft aus?

Dass Leute in der Unsicherheit nach Sicherheitsfaktoren greifen. Und dass die Regierung und die Medien nicht zu ihrer Sicherheit beitragen. Beide nicht.

Warum nicht?

Wir berichten darüber, was geschieht – und das ist derzeit durchwegs verunsichernd: Krieg, Energiekrise, Covid, Klimakrise. Es gibt bei jeder akuten Krise eine Phase, in der das Vertrauen in Medien enorm steigt, weil die Menschen Information und Einordnung brauchen

**WIR BERICHTEN, WAS
GESCHIEHT – UND DAS IST
DERZEIT DURCHWEGS
VERUNSICHERND.**

und dafür dankbar sind. Zu Beginn der Covid-Krise war das besonders ausgeprägt. Aber wenn einem die Krise beginnt, auf die Nerven zu gehen, will man auch die Berichterstattung weniger hören, und einige suchen dann auch nach anderen Erklärungsmodellen. Dann sinkt das Vertrauen in Medien wieder.

Sie sind eine der bekanntesten Journalistinnen Österreichs. Merken Sie das Misstrauen in Ihrem Alltag?

Im direkten Kontakt mit dem Publikum ist es sogar umgekehrt. Da habe ich vielmehr das Gefühl, die Leute möchten sich an jemandem festhalten, den sie schon länger kennen und der für sie recherchiert und nachfragt. Aber ich merke gleichzeitig, dass die Desinformation über die Medien extrem durchschlägt. Vor allem bei manchen Onlinegruppen. Das waren früher kleine Ansammlungen, die meinten, alle sind gekauft und von irgendjemandem gelenkt. Mit Corona hat das stark zugenommen, und rechtsextreme Strukturen haben die Dynamik ausgenutzt. Die Gruppenerer, die dem ganzen System inklusive Medien misstraut – und das mit den immer gleichen Theorien begründet –, die ist echt größer geworden.

Macht Ihnen das Sorgen?

Ja, es macht mir extreme Sorgen. Wenn die Leute einmal in den Glauben an eine umfassende Verschwörungstheorie gekippt sind, beschreiben sie es wie einen „Matrix“-Effekt. Sie haben das Gefühl, sie haben plötzlich alles durchschaut: Wer die Fäden zieht, wie alles funktioniert. In so ein Weltbild kann man alles einordnen, dann ergibt alles Sinn. Und deshalb ist es sehr schwierig, sie da wieder rauszuholen.

Wir kennen seit Jahren das Phänomen der Filterbubbles, also dass man zum Beispiel auf Facebook nur noch mit Gleichgesinnten zusammenkommt, die eigene Meinung verstärkt wird und es keinen wirklichen Austausch mehr gibt. Was hat sich durch die vermehrte Nutzung des Messengers Telegram geändert?

Diese Telegram-Gruppen sind völlig abgeschottet. Das ist eine eigene Welt, der man sich schwer entziehen kann, wenn man einmal darin liest. Denn es ist immer sehr persönlich. Diese Impfgegner kennen immer den Neffen einer Kollegin, der gestorben ist oder Ähnliches. Das nutzt Grundstrukturen der menschlichen Psychologie. Es erwischt einen zunächst emotional, dann muss man es rational abwehren.

Ein Problem mit dem Vertrauen in Medien ist auch der öfters geäußerte Vorwurf, dass etablierte Medien gekauft wären. Das Problem ist doch: Das ist nicht von der Hand zu weisen – zuletzt hat die ÖVP mit der Inseratenaffäre um Sebastian Kurz wieder einmal vorgeführt, dass Zeitungen käuflich sind.

Das Üble ist, dass so etwas dann alle trifft – und es geht ja nicht um alle. Es wird ganz konkret gegen ein Medium ermittelt, und ganz konkret gegen die Person Wolfgang Fellner. (Es gilt die Unschuldsvermutung.) Man könnte den Vorwurf auf den Boulevard ausweiten,



„Facebook und Google haben viel Aufmerksamkeit und Geld vom Werbemarkt abgesaugt. Das führt zu echten wirtschaftlichen Problemen.“

der sehr viel Geld bekommt. Aber wir zum Beispiel kriegen aus öffentlichen Inseraten so gut wie gar nichts.

Puls24 bekommt auf offiziellem Weg Förderung von der Medienbehörde RTR, die jährlich Förderungen an private Medien vergibt. Die Behörde war allerdings kürzlich auch negativ in den Schlagzeilen.

MANCHE MEDIEN HABEN VIEL ANTEIL AM VERTRAUENS-VERLUST. WEIL SIE TEILS SENSATIONALISTISCH SIND.

Weil der Vorwurf aufkam, dass sie parteipolitisch besetzt wurde.

Jedenfalls war die Besetzung intransparent, es bleibt ein negativer Eindruck. Wie schon nach der Wahl des neuen ORF-Generaldirektors Roland Weißmann, dem Wunschkandidaten der ÖVP. Wie sehr schädigen solche Vorgänge wiederum das Vertrauen in die Medien?

Ich glaube sehr, weil wir Medienschaffende müssen es dann wieder erklären.

Zum Beispiel, dass die RTR eben eine Behörde ist, die nicht Inserate schaltet, sondern Förderungen für eingereichte Projekte vergibt. Wie das Geld vergeben wird, ist zwar nicht leicht nachvollziehbar, aber das hat nichts mit Inseratenkorruption zu tun.

Was aber auch nicht sehr vertrauens-erweckend klingt. Welchen Anteil hat denn die Medienbranche selbst am schwindenden Vertrauen?

Es gibt äußere Umstände: Zum Beispiel haben Facebook und Google sehr viel Aufmerksamkeit und auch wahnsinnig viel Geld vom Werbemarkt abgesaugt. Das führt zu echten wirtschaftlichen Problemen. Das ist übrigens auch ein Punkt, wieso Österreich im Pressefreiheitsranking so weit zurückgefallen ist. Es ist nicht einfach, in Österreich wirtschaftlich unabhängige Medien zu betreiben. Aber manche Medien haben auch selber viel Anteil an dem Vertrauensverlust. Weil sie teilweise sensationalistisch sind. Weil sie Interventionen zulassen und auf Druck eingehen. Weil Geschichten erscheinen, für die jemand gezahlt hat, oder weil es den Be-



Stichwort Inseratenaffäre: „Bisher vergeben öffentliche Stellen hohe Inseratensummen recht freihändig. Jene, die von diesem System profitieren, haben kein Interesse daran, dass das aufhört.“

richt zum Inserat dazu gibt. Natürlich haben Medien ihren Teil beigetragen. Und das schlägt dann auf alle durch, das trifft uns alle. Was wir dem entgegenhalten, ist, unsere Arbeit unabhängig und nach bestem Wissen und Gewissen zu machen. Das wird auch honoriert.

Gerade zum Thema der Inseratenkorruption hat die aktuelle Medienministerin Susanne Raab (ÖVP) einen recht ambitionierten Ministerratsvortrag geschrieben. Wird sich etwas ändern? Ich habe eine hohe Erwartungshaltung und hoffe, dass diese Regierung das auch durchzieht. Es ist das erste Mal, seit ich mich erinnern kann, dass jemand versucht, das Thema wirklich anzugreifen. Aber der Widerstand ist enorm. Man sieht ja, wie über die Regierung berichtet wird.

Von wem kommt der Widerstand? Bisher vergeben Ministerien und öffentliche Stellen sehr hohe Inseratensummen recht freihändig. Diejenigen, die von diesem System profitieren, haben kein Interesse daran, dass das aufhört. **Könnte mehr Transparenz das Ver-**

trauen in die Medien wieder steigern, zum Beispiel, wenn es um Inseratenvergabe geht?

Das ist doch etwas für Feinschmecker, oder? ‚Dossier‘ schaut sich das dann an. Wenn man das liest, denkt man: Boah, Wahnsinn! Aber das tun ja nur sehr wenige Menschen, die sich schon auskennen. Das schafft auch kein Vertrauen

„IN WAHRHEIT WÄRE ES JA FATAL, WENN JEMAND VÖLLIGES VERTRAUEN IN OE24 HÄTTE.“

in der breiten Bevölkerung. Ich glaube, es braucht gesetzliche Schranken und Qualitätskriterien für öffentliches Geld – ob Förderungen oder Inserate. Transparenz allein löst das Problem nicht.

Wir haben viel über Sorgen und Probleme gesprochen. Welche Hoffnungen haben Sie für den Journalismus in Österreich? Können Medien das verlorene Vertrauen wieder zurückgewinnen?

Wir haben mit Puls24 gerade einen Nachrichtensender gegründet, das

macht man nicht, wenn man keine Hoffnung hat, dass es funktioniert. Und es funktioniert auch sehr gut, sogar schneller, als wir gedacht haben. Was man sieht, ist, dass alles, was lokal und live ist, nachgefragt wird. Also vielleicht wird man in Zukunft das Publikum nicht mit Serien halten können, weil die auch von irgendwelchen Plattformen gestreamt werden. Aber eines bleibt: Irgendwer muss berichten und erklären, was gerade passiert und wie man es einordnen kann, und welche Schlüsse man persönlich ziehen kann. Das war in der Pandemie besonders stark, weil es jeden betroffen hat. Darf ich am nächsten Tag raus oder muss ich eine Maske aufsetzen oder nicht? Die Leute brauchen Journalismus. Sie brauchen jemanden, der nachfragt und aufdeckt. Deswegen funktioniert es auch gut.

Sie würden also Meinungsumfragen und das niedrige Vertrauen in die Medien nicht überbewerten?

Ich kann nichts daraus lernen, wenn über ‚die Medien‘ etwas gesagt wird, denn ‚die Medien‘ gibt es nicht. Mir ist wichtig, ob unsere Zuseher*innen und unsere User*innen Vertrauen zu uns haben. Und da haben wir sehr starke Feedback-Kanäle und versuchen, sie einzubeziehen. Ob jemand Vertrauen in Wolfgang Fellner hat oder nicht ... Ich meine, es wäre ja in Wahrheit fatal, wenn jemand völliges Vertrauen in oe24 hätte. Wenn die Menschen ‚den Medien‘ so pauschal nicht vertrauen, ist das also eine gute Sache. Ich muss mich nicht bei allem mitgemeint fühlen, sondern meine Arbeit machen: guten, unabhängigen Journalismus liefern.

Georg Eckelsberger ist Mitgründer und stv. Chefredakteur der Rechercheplattform DOSSIER. Er unterrichtet Journalismus an der Fachhochschule Wien. www.dossier.at

DIE FORTSETZUNG DES KRIEGES MIT ANDEREN MITTELN

Ein kritischer Blick auf Medien, Internet und
die sozialen Netzwerke.

Essay: Vladimir Vertlib

Illustration: P.M. Hoffmann



Echter Diskurs findet in sozialen Netzwerken
selten statt. Wenn verschiedene „Blasen“
aufeinandertreffen, werden bekannte Slogans
und Argumente ausgetauscht.

Seit meiner Kindheit habe ich gelernt, mit Zuschreibungen zu leben. In Russland war ich der Jude, in Israel der Russe, in Österreich war ich mit diversen Klischees konfrontiert, die man mit Gastarbeiter*innen und Zuwanderern verband. In Amerika bezeichnete man mich als Kommunist, weil ich aus der Sowjetunion stammte. In Deutschland wiederum bin ich heute oft der „Ösi“, wenn man mich nicht fälschlicherweise für einen Bayern hält, was nördlich von Frankfurt am Main immer wieder passiert. Vielleicht reagiere ich deshalb gelassen, wenn mich in den sozialen Netzwerken andere Menschen auf ihre Weise neu erfinden. Ich gebe es zu: Ich liebe soziale Netzwerke, liebe und hasse sie zugleich. Lange Zeit war ich süchtig und verschwendete Stunden, um mit Menschen zu streiten, die ich im realen Leben niemals beachtet hätte. Die Wirkung dieses Mediums kann wie Alkohol, Nikotin oder noch Härteres sein – das meiste davon habe ich nie oder nur selten konsumiert oder habe, wie im Falle des Nikotins, den Konsum längst hinter mir. Stattdessen oder auch ganz unabhängig davon hinterlasse ich immer noch regelmäßig meine Spuren auf Facebook, Instagram oder Twitter. Stolz darauf bin ich nicht. Soziale Netzwerke funktionieren wie jede andere Droge: Sie bieten unmittelbare Befriedigung ohne die notwendige „Arbeit“, ohne persönliche Anstrengung also – eine Leistung und Errungenschaft, als deren Folge die Befriedigung auf natürliche Art entstehen könnte. So bieten Netzwerke beispielsweise die Möglichkeit zu einer unmittelbaren, wenn auch nur scheinbaren Kontaktaufnahme, ohne die Notwendigkeit, sich mit dem Gegenüber als reale Person auseinanderzusetzen. Sie geben die Erlaubnis, zu fast jedem Thema

in einem halböffentlichen Forum eine Meinung abzugeben, ohne erst – wie in früheren Zeiten üblich – die Hürden eines Qualifikationsnachweises erbringen zu müssen. Vor allem aber bieten sie die Möglichkeit, sich hinter einem Fake-Profil zu verstecken und sich dem Zwang eines im realen Leben selbstverständlichen, angemessenen sozialen Verhaltens zu entziehen. Solange man nicht die Grenzen zur inzwischen verpönten „Hassrede“ überschreitet (und viele tun dies trotzdem), ist mehr oder weniger alles erlaubt. Verhielte man sich im realen Leben so, hätte man bald keine Freunde mehr.

Reizwörter streuen

Im sozialen Netzwerk schafft man sich jenen Raum, den man im realen Leben oftmals nicht hat. Dort breitet man die eigenen Gedanken aus, giert nach Aufmerksamkeit und Anerkennung, strei-

IM SOZIALEN NETZWERK SCHAFFT MAN SICH JENEN RAUM, DEN MAN IM REALEN LEBEN OFT NICHT HAT.

tet, versucht, Frustrationen abzubauen, findet ein Ventil für Aggressionen. Auf die Gefühle anderer wird meist wenig Rücksicht genommen. Besonders wichtig ist es, positive Rückmeldungen und „Likes“ für die eigenen Statements zu bekommen. Das stärkt das Selbstwertgefühl, wirkt unmittelbar auf das Belohnungszentrum im Gehirn und dient als Anreiz weiterzumachen.

Oft geht es nicht einmal darum, was man schreibt, sondern wie man etwas formuliert und welche Reizwörter man verwendet und ob man gendert oder nicht. Im besonderen Maße wichtig ist außerdem, ob man eine provokante Aussage sofort in der Überschrift oder

in der ersten Zeile oder erst in der dritten oder vierten Zeile tätigt, wo sie nur mehr von wenigen Leuten wahrgenommen wird. Die meisten Leute sind nicht bereit, für die Kommentare anderer viel Zeit aufzuwenden, denn in erster Linie geht es um Selbstdarstellung.

Echter Diskurs ist selten

Ein echter Diskurs findet in den sozialen Netzwerken selten statt. Wenn verschiedene „Blasen“ aufeinandertreffen, wenn sie sich überlappen, werden bekannte Slogans und Argumente ausgetauscht. Dabei geht es oft darum, wer rhetorisch geschickter ist und das letzte Wort hat, und nicht darum, zu überzeugen oder gar selbst etwas Neues zu erfahren. Wenn ein echter Austausch erfolgt, dann allenfalls innerhalb der Blasen selbst, zwischen im Wesentlichen Gleichgesinnten. Dabei geht es um Detailfragen und Informationen, nach denen meist direkt gefragt wird, oder um Hilfe in praktischen Dingen, um die gebeten wird. Somit tragen soziale Netzwerke zur Polarisierung bei, festigen aber die Gruppen Gleichgesinnter untereinander und erzeugen Solidarität. Das kann demokratische Bewegungen in Diktaturen stärken, aber auch gefährlich werden, wenn es um Rechtsradikale, religiöse Fanatiker und andere Feinde der Demokratie bei uns geht. Für Angehörige von Minderheiten bieten soziale Netzwerke allerdings sehr wohl die Möglichkeit, Kontakte zu knüpfen, sich schneller als früher zu organisieren und ihren Kampf zu intensivieren. Demokratiepoltische Initiativen profitieren von sozialen Netzwerken genauso wie diverse NGOs und Hilfsorganisationen.

Im Falle militärischer Konflikte merkt man rasch, dass die sozialen Netzwerke die Fortführung des Krieges mit

anderen Mitteln sind. Sie haben die Tendenz, jeden lokalen Konflikt ins Netz zu verlegen und somit international zu machen. Menschen in Australien und Kanada streiten miteinander auf Russisch über die Gründe und den Ausgang des Ukraine-Krieges. Syrische Flüchtlinge in den USA beschimpfen Islamisten im Irak. Mir selbst hat ein Putin-Anhänger in Russland schon einmal gedroht, den Kopf abzuschneiden, und ein österreichischer Rechtsradikaler schrieb mir einst: „Wir beobachten Sie! Faden im Kreuz.“ Durch das Internet wird alles öffentlich, nichts bleibt verborgen, verliert aber jegliche Glaubwürdigkeit, weil die Grenzen zwischen Fake und Realität verschwimmen, und man kaum noch überprüfen kann, was wahr, was Propaganda und was eine bewusste Lüge ist. Jeder kann mitmachen, sich eine eigene Wahrheit erschaffen und Anhänger finden. Dadurch wird die Realität zu einer Art Videospiel, bis echte Bomben einem auf den Kopf fallen oder ein echter Amokläufer mit echten Kugeln auf Menschen im realen Leben schießt ...

Unendliche Chancen

Das Internet bietet für wissbegierige und kreative Menschen unendliche Chancen – Möglichkeiten, die sich frühere Generationen nie hätten träumen lassen. Es gibt durchaus Menschen, die dies erkennen, produktiv nützen und Positives leisten. Die moderne Wissenschaft, die Medizin, die Wirtschaft, Kultur, Bildung, das Rechts- und Sozialwesen – es gibt keinen Lebensbereich mehr, der ohne Internet auskäme, und wer erfahren möchte, wie man ein Vogelhäuschen baut, einen Wasserhahn montiert oder einen Reifen wechselt, findet dazu in wenigen Minuten ein passendes Video auf YouTube – und das in fast allen Sprachen der Welt. Widerstandskämpfer*innen, Fluchthelfer*innen und Menschen in Not kommunizieren und organisieren sich über soziale Netzwerke. Menschen, die krank, alt und isoliert sind, finden

Anschluss. Das alles ist ein großer Fortschritt, der nicht mehr wegzudenken ist. Insgesamt aber führt das Netz tendenziell zu einer Polarisierung und Trivialisierung der Gesellschaft. Dies gilt im besonderen Maße für Medien, und zwar nicht nur für jene, die online zu finden sind. Die Tendenz zur Verkürzung, Vereinfachung und Verschärfung beeinflusst klassische Printmedien und das Fernsehen gleichermaßen. Längst lassen sich soziale Netzwerke nicht mehr von Zeitungen oder dem Fernsehen oder von sachlich geführten Debatten inspirieren. Vielmehr gleichen sich Zeitungen und das Fernsehen in ihren Inhalten, dem Tonfall und der ästhetischen Ausstrahlung der Welt sozialer Netzwerke an. Dies ist vor allem an den immer öfter vorkommenden „pointierten“ Phrasen, an zahlreichen Ungeheuerlichkeiten und Untergriffen erkennbar. Das

ZEITUNGEN UND TV GLEICHEN SICH IN IHREN INHALTEN UND DEM TONFALL DER WELT SOZIALER NETZWERKEN AN.

alles wird – trotz politischer Korrektheit und Wokeness in bestimmten Milieus – immer salonfähiger, wird dabei aber auch immer weniger ernst genommen. Ein gutes, wenn auch extremes Beispiel dafür ist der „Erste Kanal“ des russischen Fernsehens: Hier forderte ein bekannter Moderator schon vor Jahren, man solle Washington D.C. mit Raketen angreifen, bis nur mehr Atomstaub davon übrigbliebe. Heute hört man solche und ähnliche Aussagen bei „seriösen“ Diskussionsrunden auf diesem Kanal fast täglich. Das ist etwa genauso ernst zu nehmen wie die tagtäglichen Beleidigungen und Drohungen auf Facebook oder anderswo im Netz, aber es prägt das Denken, enthemmt, zerstört kontinuierlich das, was man früher als „Anstand“ und „gesittetes Verhalten“ bezeichnet hatte, und – soweit noch vorhanden – endgültig die Reste jeglichen Grundvertrauens in die Welt.

Selbstwahrnehmung schärfen

Natürlich gibt es weiterhin seriöse Medien mit gut recherchierter Berichterstattung und einem Feuilleton, das diesen Namen noch verdient. Gerade jene, die mit sprachlich differenzierten Beiträgen bewusst eine Gegenposition zum Zeitgeist einnehmen, erfüllen eine wichtige Funktion. Leider bleibt ihre Zielgruppe jedoch stets eine Minderheit. Allein Facebook hat fast drei Milliarden regelmäßige Nutzer*innen bei einer Weltbevölkerung von knapp acht Milliarden Menschen. Zählt man Dienste wie Telegram, TikTok und noch weitere hinzu, kann man davon ausgehen, dass mehr als die Hälfte der Menschheit in ihrem Medien- und Sozialverhalten und somit auch in ihrer Selbstwahrnehmung und ihrer Weltanschauung von sozialen Netzwerken geprägt oder zumindest stark beeinflusst ist. Die einzige Möglichkeit, dieser Entwicklung wenigstens ein bisschen entgegenzuwirken, ist die ständige Vergewisserung, mit welchen Medien man es zu tun hat, wie sie funktionieren und wie gefährlich sie unter Umständen sein können. Vor allem sollte man bereit sein, die Kommentare anderer ernst zu nehmen, sich damit wirklich auseinanderzusetzen, sie hin und wieder auch als Bereicherung und als Gedankenanstoß zu sehen und dabei eigene Ansichten zu hinterfragen.

Vladimir Vertlib ist Schriftsteller und Essayist. 1966 in Leningrad (heute St. Petersburg) geboren, emigrierte Vertlib mit seinen Eltern 1971 nach Israel und lebt nach einer langen Migration mit mehreren Zwischenstationen seit 1981 in Österreich. Zuletzt erschien im Residenz Verlag sein Roman „Zebra im Krieg“.



Buch
„Zebra im Krieg“
Roman nach einer wahren
Begebenheit
Residenz Verlag, 2022
288 Seiten, 24 Euro

CONNECTED

Kann man sich über Social Media informieren? Yvette und Princess, zwei junge Wienerinnen, über die Vorteile, sich selbst seinen Nachrichtenstream zu organisieren.

Text und Fotos: Beverly Mtui

Der weltweit exponentiell ansteigende Social Media-Konsum als Markenzeichen des digitalen Zeitalters könnte nicht polarisierender sein. Die Antithese von digitaler Vernetztheit und fehlender offline Verbundenheit führt zu hitzigen Debatten, die sich durch Generationen ziehen, und dennoch wird vor allem die Generation Z, die um die Jahrtausendwende geborenen jungen Erwachsenen, für den Boom von Sozialen Medien verantwortlich gemacht. „Zu viel am Handy“, hö-

„ZU VIEL AM HANDY“, HÖREN JUNGE MENSCHEN OFT. DOCH WAS VERBIRGT SICH DAHINTER?

ren junge Menschen oft, doch was verbirgt sich dahinter? Dass es beim Social Media-Konsum um mehr als nur witzige Tänze und virale Challenges gehen kann, erzählen die zwei Wienerinnen Princess und Yvette und schenken uns einen Einblick darin, wie sie Social Media als Tool für Identitätsfindung, Repräsentation und Zugehörigkeit nutzen. Princess und Yvette sind schon von klein auf miteinander befreundet und können sich ein Leben ohne Social Media nicht mehr vorstellen. An einem



Generation Z. Yvette Ojo (19), Biologiestudentin im 2. Semester. (li.); Princess Njoku (19), angehende Studierende der Soziologie. (re.)

sommerlichen Nachmittag treffe ich mich mit den beiden 19-jährigen Wienerinnen im Augarten, um herauszufinden, was es mit Social Media auf sich hat. Die Generation Z ist für vieles bekannt, zumal für ihren Social Media Konsum, durch den sie ab und an in Verruf kommt. Die beiden erzählen mir,

welche Rolle Social Media in ihrem Leben spielt und wie sich ihr Zugang zur Welt und zum Selbst durch das Medium verstärkt. „Wir nutzen eigentlich alle Plattformen. Von Instagram bis zu Tik Tok und Twitter. Sobald ich meine eigenen Interessen in den Algorithmus integriert habe, bekomme ich alles mit, was

ich mitbekommen will“, erklärt Yvette. Auch wenn ein großer Kritikpunkt von Social Media genau dieser Algorithmus ist, der das Verharren in der eigenen Blase verstärkt, sich in erster Linie auf die Interessen der User*innen stützt und wenig anderen Input liefert, so meinen die beiden, dass sie trotzdem auch anderer Content erreicht, nämlich das, was trendet. Aber ist das genug? Für die beiden schon. Princess ergänzt, wie vielfältig das Informationsangebot auf Social Media sei. „Mich interessiert wenig nicht“, sagt sie und betont, dass ihr Social Media Konsum sowohl Trendiges als auch für sie relevante und interessante Themen rund um Kunst, Musik und Schauspiel balanciert abdeckt.

Das Bewusstsein für die neuesten Trends sei heutzutage maßgeblich. „Wir müssen alle am Laufenden sein und wenn man dem Trend nicht folgt, ist man hinten nach und kann einfach nicht mitreden“, sagt Princess. Durch Social Media sei man demnach mit der Welt verbunden. Princess und Yvette haben 2021 maturiert und erklären, dass auch in diesem neuen Lebensabschnitt Soziale Medien ein wichtiges Tool seien, um mit Freundinnen und Freunden verbunden zu bleiben. „Über Social Media bleiben wir connected, indem wir Infos teilen, auch wenn wir einander nicht mehr jeden Tag sehen. Konversationen und Interaktionen hängen von den neuesten Trends ab und da müssen wir natürlich up-to-date bleiben.“

Mainstream Media? Eher nicht.

Traditionelle Medien wie Tageszeitungen oder lineares Fernsehen konsumieren die beiden eher nicht. Der entscheidende Unterschied liegt darin, dass auf Social Media konkret nach den eigenen Interessen gesucht werden kann. „Auf Social Media finde ich das, was mich interessiert“, sagt Yvette. „Die Inhalte in den Zeitungen sind oft so dramatisch und das sind Dinge, die ich manchmal einfach nicht lesen will. Auf Social Media kann ich mir aussuchen, was

ich sehen will. Wenn mich etwas nicht interessiert, scrolle ich weiter und suche nach etwas anderem.“ Einen weiteren Unterschied sehen sie in der Vielfalt der Beiträge. Princess dazu: „Auf Social Media kann ich mehrere Meinungen und Sichtweisen zu einem Thema finden, während ich in der Zeitung mit einem einseitigen Artikel konfrontiert bin. Das Internet erlaubt mir hingegen, nach unterschiedlichen Perspektiven zu suchen und so verschiedene Seiten eines Themas zu erfahren.“ Yvette ergänzt, dass auch die Kommentare unter den Beiträgen ein Vorteil sind, sich mit dem Thema auseinanderzusetzen und gleich mal mehr Eindrücke über die Rezeption zu bekommen. „Die Kommentare helfen wirklich zu sehen, wie die Inhalte bei den anderen rüberkommen. Da kann man seine eigene Sichtweise mit der der anderen vergleichen

**„WENN MAN DEM TREND
NICHT FOLGT, KANN MAN
EINFACH NICHT MITREDEN.“
PRINCESS**

und sie vielleicht auch ändern.“ Allerdings räumen die beiden ein, dass es eine gewisse Selbstreflexion und Logik braucht, um dem Wirbelsturm auf Social Media nicht zu verfallen. „Man kann nicht einfach alles, was im Internet steht, glauben. Man muss auch selbst nachdenken, aber das ist doch genauso wie beim Zeitung lesen“, sagt Princess. Da stellt sich natürlich die Frage, wer für die Recherche und Verlässlichkeit der Informationen zuständig ist – wird hier nicht die Eigenverantwortung ein bisschen zu groß? Das verneinen Yvette und Princess ganz klar. Das Faktenchecken gehöre einfach dazu. „Wenn ich etwas von Influencer*innen höre, dann will ich erst einmal herausfinden, woher sie diese Info haben. Je nachdem, ob die Infos von einer vertrauenswürdigen Quelle stammen, von einer Plattform meines Vertrauens, nehme ich die Info an oder eben nicht. Im Internet kann

man ja schauen, woher die Infos kommen.“ Und Yvette ergänzt: „Und wenn man bereits am Handy ist, kann man auch schnell einfach recherchieren und verifizieren.“ Klingt gut, aber lassen sich Inhalte wirklich so leicht am Handy verifizieren? Ja, glaubt Yvette. „Ich finde Infos auf der einen Plattform, recherchiere auf der anderen Plattform darüber und tausche mich mit anderen aus.“

Überholte Sichtweise

Die Gegenüberstellung von Social Media und traditionellen Medien finden die beiden langsam, aber sicher überflüssig. „Auch Tageszeitungen machen immer mehr Gebrauch von Social Media. Die haben vielleicht einen schlechten Ruf, aber es ist eindeutig, wie wichtig sie sind, um unterschiedliche Leute zu erreichen. Tageszeitungen können ja auch durch Social Media auf ihre Plattformen verweisen und somit davon profitieren.“ Die beiden verdeutlichen, dass die eigene Entscheidungsmacht im Vordergrund steht, welche Inhalte von welchen Plattformen konsumiert werden. Dennoch sei es wichtig herauszufiltern, welche Informationen relevant sind, damit es nicht zu viel wird. „Social Media-Pausen sind für die mentale Gesundheit enorm wichtig“, schildern die beiden. „Vor allem, wenn es um Themen geht, die einen selbst betreffen. Da muss man sich manchmal distanzieren, um sich selbst zu schützen.“ Yvette erinnert sich an den Social Media-Sturm rund um #blacklivesmatter im Jahre 2020 und erklärt: „Wenn ich jeden Tag traumatisiert werde, weil mir die Inhalte zu nahe sind, dann muss ich mich bewusst dazu entscheiden, positiveren Content zu konsumieren – oder mir eine Pause zu gönnen.“

Teil der Community

Wie aber erreichen Themen die beiden überhaupt? Das hängt zum einen davon ab, ob sie gerade „trenden“ und demnach in aller Munde sind. Das Thema Klima ist zum Beispiel etwas, das auf



Yvette: „Sobald ich meine eigenen Interessen in den Algorithmus integriert habe, bekomme ich alles mit, was ich mitbekommen will.“

Social Media hohe Wellen schlägt, woran die beiden User*innen nicht vorbeikommen. „Trendige Themen sind einfach Themen, von denen man gerade viel hört“, erklärt Princess. Aktuelle Weltgeschehnisse gehen daher nicht an den Nutzerinnen vorbei, sondern erreichen sie „so oder so“. Trotzdem sei es User*innen selbst überlassen, wie tief sie sich damit auseinandersetzen. „Ich muss ehrlich zugeben, man wird mit so vielen Inhalten auf einmal konfrontiert, aber es geht einfach darum, was und wie viel man auf Dauer selbst einnehmen will“, sagt Princess. Der Nachrichtenstream wird also in die eigene

Hand genommen und selbst organisiert. Doch welche Vorteile bringt das? Für Yvette stärkt diese Selbstorganisation und Selbstbestimmung nicht nur die Interessen, sondern auch die Identität. „Durch Social Media bin ich Teil einer Community“, merkt Yvette an. „Ich war zum Beispiel noch nie so sehr mit meinen nigerianischen Wurzeln verbunden wie jetzt, weil ich einfach Leuten folge, die so aussehen wie ich.“ Social Media ist nicht länger nur Informationsquelle, sondern ein Ort, um mit anderen zu interagieren. Der Austausch von Erfahrungen, Erlebnissen und Eindrücken beginne zwar online,

ende aber nicht dort. „Darüber kann ich dann auch mit Leuten reden, die ich im echten Leben kenne. Social Media hat mir dadurch schon sehr geholfen, mich mehr in meine Community zu involvieren“, sagt Yvette. Princess bringt noch einen Aspekt ein: „Ich setze mich ja auch durch Social Media und die Themen, mit denen ich konfrontiert werde, mit mir selbst auseinander. Ich bin eher auf Social Media, um mich zu amüsieren; nicht immer, um mich weiterzubilden. Und auch wenn es um Bildung geht, dann mache ich das durch Leute, die so aussehen wie ich.“ Folgt man den zwei jungen Wienerinnen, kann man sich durch Social Media also nicht nur mit der Welt connecten, sondern auch mit sich selbst. „Wir haben das Glück, dass wir genau jetzt in diesem Alter und in dieser Phase sind, wo es Social Media gibt, wo wir uns auch mit anderen

**„DURCH SOCIAL MEDIA
BIN ICH TEIL
EINER COMMUNITY.“
YVETTE**

identifizieren können, und mit Leuten, die so aussehen wie wir.“ Durch Social Media fände man sogar Communities, von denen man nicht einmal gewusst habe, dass man dazugehört. Princess: „Das kann klein anfangen, in dem zum Beispiel alle dasselbe Meme gesehen haben. Es kann aber auch soweit gehen, dass sich Leute in ihrer Identität gesehen, verstanden und repräsentiert fühlen, sei es durch das Aussehen der Personen, oder das, was sie sagen oder auch, was sie in ihrem Content zeigen.“

Beverly Mtui hat Erfahrung in unterschiedlichen Frauenrechts-NGOs, sie ist Mitbegründerin sowie Chefredakteurin von freshVibes, die Radiosendung der jungen Schwarzen Diaspora in Österreich auf Radio ORANGE 94.0, und Masterstudentin der internationalen Entwicklung.

PERSÖNLICHKEIT

„Ich glaube an die Jugend“

Vor einem Jahr hatte Österreich der afghanischen Astronomin Amena Karimyan ein Visum zugesagt und sie dann im Stich gelassen. Nach Monaten sprang schließlich Deutschland ein. Wie geht es der jungen Wissenschaftlerin heute, die die BBC zu einer der einflussreichsten Frauen im Jahr 2021 gekürt hatte?

INTERVIEW: EVELYN SCHALK

Monatlang wusste sie nicht, wie und ob sie den nächsten Tag überstehen würde. Nach ihrer lebensgefährlichen Flucht vor den Taliban vor einem Jahr saß die 25-jährige afghanische Ingenieurin und Astronomin Amena Karimyan in Pakistan fest, weil sich das österreichische Außenministerium weigerte, ihr das zuvor versprochene Visum auszustellen. Stattdessen behauptete man, sie habe sich nicht gemeldet, obwohl ihre verzweifelten Anfragen an die österreichische Botschaft dokumentiert sind. Daraufhin unterzeichneten tausende Menschen einen solidarischen Eilappell für Karimyan, Literaturnobelpreisträgerin Elfriede Jelinek stellte sich hinter die Wissenschaftlerin und forderte die Einhaltung der Visumzusage, so wie andere Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens. Erfolgrlos. Inzwischen hatte die britische BBC Karimyan zu einer der einflussreichsten und inspirierendsten Frauen des Jahres 2021 gewählt. Nach über vier Monaten reagierte schließlich nicht Österreich, sondern Deutschland und befreite die Astronomin aus ihrer gefährlichen Lage. Zu Jahresbeginn kam sie endlich in Sicherheit an. Aus Österreich gibt es bis heute keine Stellungnahme oder Entschuldigung und damit auch keine Konsequenzen für die Verantwortlichen.



Nach ihrer lebensgefährlichen Flucht vor einem Jahr saß die 25-jährige afghanische Ingenieurin in Pakistan fest. Österreich hatte das versprochene Visum verweigert. Heute lebt sie in Deutschland.

Im August war es genau ein Jahr her, dass die Taliban die Macht übernommen haben. Afghanistans Wirtschaft ist zusammengebrochen, das halbe Land hungert, die Rechte von Frauen sind stärker eingeschränkt als zuvor, Menschen werden verhaftet, gefoltert, ermordet. Die Zahl der Zwangsehen steigt, die Armut zwingt Familien, ihre Mädchen mitunter schon im Alter von acht oder neun Jahren für Brautgeld zu verkaufen, um das ökonomische Überleben zu sichern. Während die Welt auf den Krieg in der Ukraine blickt, droht die Katastrophe Afghanistans vergessen zu werden. Für Amena Karimyan ist das tägliche, unmittelbare Realität. Während sie im Deutsch-Kurs sitzt, bangt sie um ihre Familie. Bis spät nachts ist sie wach, versucht zu helfen, sichere Fluchtwege zu finden. Sie selbst wägt jeden Schritt ab, jedes öffentliche Posting, jedes Wort. Noch in Herat hatte sie die Organisation Kayhana gegründet, die Mädchen und Frauen naturwissenschaftliches Wissen vermittelt. Mit ihren Projekten hatte sie internationale Wettbewerbe gewonnen. Unter schwierigen Bedingungen betreibt sie Kayhana weiter. Förderungen gibt es kaum, vielen Teilnehmerinnen in Afghanistan fehlt das Geld für einen Internetzugang, kaum eine hat die Chance, das Land zu verlassen. Doch die Astronomie lässt Amena Karimyan nicht los, sind die Sterne doch vielleicht der einzige Blick in eine veränderte Zukunft.

Amena, du bist nach deiner Flucht aus Herat im Juli 2021 und einer schrecklichen Odyssee über Pakistan, im Jänner 2022 in Deutschland angekommen. Wie geht es dir heute?

Ich lebe in Böblingen, in der Nähe von Stuttgart, seit Kurzem nicht mehr in einer Flüchtlingsunterkunft, sondern allein in einer eigenen kleinen Wohnung. Darüber bin ich sehr froh. Gleichzeitig gehen mir tausend Dinge durch den



Noch in Herat hatte Karimyan die Organisation Kayhana gegründet, die Mädchen und Frauen naturwissenschaftliches Wissen vermittelt.

Kopf, die Gedanken reißen nie ab, stehen nie still.

... über Familie, Freunde, die eigene Zukunft? Was sind deine größten Sorgen?

Über einfach alles. Über ein Heimatland, das nicht länger Heimat ist. Über eine Freundin, die in einer verzweifelten Situation in Islamabad festsetzt, wäh-

„Mir gehen tausend Dinge durch den Kopf, die Gedanken reißen nie ab, stehen nie still.“

rend ich nichts für sie tun kann. Über das Schicksal meiner Schwestern, die in alle Himmelsrichtungen zerstreut sind, in Pakistan, im Iran, in Afghanistan. Über meine Eltern, denen kein einziges schwarzes Haar am Kopf geblieben ist, sie sind in einem Jahr um ein Jahrhundert gealtert. Über mich, meine Zukunft, meine Ziele. Über meine Organisation Kayhana und was ich für die Mädchen tun muss. All das lässt mich nicht los, nicht einmal im Schlaf.

Es sind schwere Gedanken, voller Traurigkeit, die nie aufhören. Meine größte Sorge gilt Afghanistan und dem Überleben meiner Freunde und Familie dort.

Wie hat sich ihr Leben in Afghanistan über dieses Jahr hinweg verändert, was hörst du über die aktuelle Lage?

Sie stehen unter enormem Druck, ökonomisch, mental, sozial. Ihr Leben ist ständig in Gefahr. Jeden Moment habe ich Angst, dass jemand verhaftet oder ermordet wird. Ohne die, die du liebst, hat das Leben keine Bedeutung. Eben erst hat meine Schwester ihr bis dahin gesundes Baby kurz vor der Geburt verloren. Ihre Trauer ist grenzenlos.

Das ist furchtbar. Besonders für Frauen ist die aktuelle Situation katastrophal. Wie haben deine Schwestern und Freundinnen die letzten Monate erlebt?

Die Situation ist sehr schlimm, der Druck für sie wird immer stärker, die Regeln werden immer mehr. Es gibt kein eigenes, funktionierendes Rechtssystem, keine Strategie, keine Reflexion. Sie wollen nur zeigen, dass sie irgendetwas tun, über die Lage der Frauen kann man endlos reden ohne Ergebnis. Im Namen der Scharia werden viele Frauen missbraucht und eingesperrt. Frauen dürfen nicht allein Autofahren, nicht lernen, nicht arbeiten. Ihnen wird gesagt, sie sollen, statt selbst zur Arbeit zu kommen, ihre Männer schicken, auch wenn die keine Ahnung von ihrem Job haben. Manchmal denke ich, es ist ein Albtraum, der nie endet.

Wie denkst du, sollte die Welt reagieren? Welche Forderungen hast du an die internationale Gemeinschaft?

Ich wurde gefragt, wenn ich mich so sehr um Afghanistan Sorge, ob ich dann nicht besser dort geblieben wäre und meinen Leuten vor Ort geholfen hätte. Meine Antwort war, wenn ich in Afghanistan geblieben wäre, hätten sie meiner Mutter meine kopflose Leiche übergeben. Das ist es, was ich für meine Leute hätte tun können. Ich habe das öffentlich gesagt, und alle Anwesenden waren plötzlich sehr betroffen. Ich habe

versucht, ihnen klarzumachen: Das ist kein Krimi, kein Drama, kein dystopischer Film, sondern das Leben der Menschen in Afghanistan und das Schicksal von tausenden vor allem jungen Leuten, die in dieser Geographie gefangen sind. Innerhalb und außerhalb des Landes. Die Leere des eigenen Heimatlandes ist ein brennender Schmerz. Es ist sehr schwer, de facto staatenlos zu sein und es ist eine so verletzendende Erniedrigung. 40 Millionen Menschen wurden derart erniedrigt.

Beim Begriff ‚internationale Gemeinschaft‘ muss ich bitter lachen. Wir wollen nichts von der internationalen Gemeinschaft, außer: Schickt keine Terroristen und überlasst der Jugend ihr Land. Ich glaube an die Jugend. Wenn es nicht permanent Interventionen der internationalen Gemeinschaft gegeben hätte, wären wir nicht dermaßen gedemütigt worden. Demokratie, Gerechtigkeit, Menschenrechte, globale Gesellschaft ... das waren immer nur Worte, mit denen man für uns Regeln gemacht hat. Daher haben die Menschen irgendwann wütend darauf reagiert. Diese Worte hat man zu Sand in den Augen der Menschen gemacht und damit Billionen von Dollars gerechtfertigt, die dafür jedes Jahr geflossen sind. Was ich wirklich von einer internationalen Gemeinschaft erwarte, ist, dass sie diesen Terroristen und ihrer Ignoranz nicht so viel Aufmerksamkeit und Raum gibt, dass sie sie nicht anerkennt und dadurch Afghanistan ihrer Macht entreißt.

Die öffentliche Aufmerksamkeit ist derzeit vor allem auf den Krieg in der Ukraine gerichtet. Was bedeutet dieser Krieg und seine Folgen für dich?

Ich sehe vor allem, dass Menschen, die vor Krieg fliehen, komplett unterschiedlich behandelt werden. Für die Geflüchteten aus der Ukraine sind alle Grenzen offen, sie erhalten innerhalb kürzester Zeit Unterkünfte, Papiere, Zugang zum Arbeitsmarkt. Andere Geflüchtete müssen darauf viele Jahre warten,

wenn überhaupt. Das ist Diskriminierung. Dafür können die Ukrainer*innen nichts, sie sind Opfer des Krieges wie wir, haben Furchtbares erlebt und brauchen Hilfe. Es ist die internationale Gemeinschaft, die dafür verantwortlich ist. Es ist einfach nicht gerecht. Warum sollen alle anderen Geflüchtete zweiter Klasse sein? Diese Diskriminierung wird zurecht scharf kritisiert. Über den Krieg in der Ukraine hat die Welt zudem Afghanistans Horror vergessen.

Du hast die Jugend angesprochen – wie geht es mit deiner Organisation Kayhana weiter? Bist du mit deinen Schülerinnen noch in Kontakt?

Ja, wir sind in Verbindung und wir halten weiter unsere Treffen ab. Da wir unsere Aktivitäten inzwischen erweitert haben, haben sich die Mitglieder in mehreren Komitees organisiert. Wir haben uns um internationale Fördermittel bemüht, bisher leider erfolglos. Wir müssen weitermachen, es ist wichtiger denn je. Wir kämpfen so gegen die Ignoranz und für ein besseres Schicksal der afghanischen Jugend. In Afghanistan steht fast alles still, die meisten Organisationen haben ihre Tätigkeit eingestellt. Alle Mitglieder von Kayhana haben große ökonomische und mentale Probleme. Wir arbeiten online, aber vielen fehlt das Geld für Internet. Kayhana ist die einzige wissenschaftlich-astronomische Gruppe, die ihre Arbeit bis heute fortsetzt. Die Mädchen benötigen wirklich dringend Unterstützung.

Wieviele Mitglieder hat Kayhana?

Über fünfzig Mitglieder sind insgesamt in den verschiedenen Komitees aktiv, nur einzelne wenige konnten Afghanistan verlassen. Alle anderen sitzen im Land fest. Wenn sich nur die kleinste Möglichkeit böte, z.B. ein Stipendium zu erhalten, würden sie sofort weggehen.

Wie steht es um deine Familie, die zum Teil in den Nachbarländern Afghanistans und zum Teil noch im Land

ist. Gibt es Chancen auf westliche Visa?

Ich habe so viel versucht, um meine Familie und Freund*innen dort herauszubekommen. Leider bisher ohne Erfolg. Sie waren alle gesellschaftspolitisch aktiv, als Lehrerinnen, für Frauenrechte, als Journalistinnen. Jede und jeder von ihnen ist gefährdet. Aber die größte Bedrohung für sie bin ich. Ich habe praktisch alle meine Aktivitäten eingestellt. Ich kann nicht arbeiten, wie ich will, solange meine Familie Geisel dieser Terroristen ist. Jeden Moment fürchte ich, dass ihnen etwas passiert. Es ist schwer, ständig in Angst zu leben. Ich bin oft deprimiert, aber ich muss weitermachen, für meine Familie, für eine Veränderung in meinem Land. Ich habe keine Angst um mich, aber ich kann nicht die, die ich liebe, für meinen Weg opfern.

Wie siehst du deine Zukunft?

Ich hoffe, meine Aktivitäten fortsetzen zu können. Ich habe keine persönlichen Ziele, außer, dass ich mir eine Welt wünsche, in der alle gleichberechtigt sind. Mein Traum ist, die erste afghanische Astronautin zu werden, nicht für mich, sondern um unseren Frauen den Weg zum Himmel zu öffnen.

*Evelyn Schalk ist Journalistin, Autorin und Mitherausgeberin des ausreißer – Die Wandzeitung. Sie hat Amena Karimyan im Frühjahr 2021 nach Graz eingeladen und sich nach der Machtübernahme der Taliban mit Kolleg*innen aus Kultur und Wissenschaft dafür eingesetzt, sie nach Österreich zu evakuieren.*

Die Geschichte von Amena Karimyans Flucht hat sie hier dokumentiert:

<https://ausreisser.mur.at/2021/12/20/nacht-ueber-oesterreich-fuer-afghanische-astronomin-2/>



Literaturtipp:

Wolfgang Bauer

„Am Ende der Straße:

Afghanistan zwischen

Hoffnung und Scheitern.

Eine Reportage.“

Suhrkamp, 2022.

ILLEGALE PRAKTIKEN

Grenzschutz durch Pushbacks?

Ein 17-jähriger Somalier wird an der Grenze zur Steiermark zurückgewiesen, obwohl er um Asyl ansucht. Rechtsanwalt Clemens Lahner übernimmt den Fall – und gewinnt. Am Ende spricht das steirische Landesverwaltungsgericht sogar davon, dass die Polizei an der Grenze methodisch Pushbacks einsetzt. Erleben wir einen Diskursklimawandel?

TEXT: SOPHIA REITERER

Der 17-jähriger Amin flieht aus Somalia nach Europa. Er schafft es, mit dem Flugzeug bis in die Türkei zu kommen. Zu Fuß marschiert er 17 Tage lang über die sogenannte „Balkanroute“ bis nach Slowenien und überschreitet schließlich in der Steiermark zusammen mit einer Gruppe anderer Geflüchteter die österreichische Grenze. Es dauert nicht lange, bis eine Streife auf die Geflüchteten trifft. Sie freuen sich: Sie haben es endlich nach Österreich geschafft. Sie suchen um Asyl an, sprechen mehrmals „Asyl“ und „Asylum“ aus. Die Polizei wird das später bestreiten. Am Ende des Tages landen die Männer wieder in Slowenien. Wie ist es dazu gekommen? Wenn Menschen an der Grenze zurückgewiesen werden, obwohl sie um Asyl ansuchen, wird das als Pushback bezeichnet.

Was bedeutet Pushback?

Pushback ist kein rechtlich abschließend definierter Begriff, ist im Diskurs aber etabliert. Adel-Naim Reyhani vom Ludwig-Boltzmann-Institut für Grund- und Menschenrechte dazu: „Der Begriff Pushback bezeichnet in der Regel eine illegale Praxis.“ Flüchtlinge oder Migrant*innen werden dabei an oder vor der Grenze eines Landes abgefangen und zurückgedrängt, ohne dass deren



Klar geregelt: „Wenn jemand deutlich äußert, dass er oder sie Asyl beantragen will, dann muss die Polizei das Bundesamt für Fremdwesen und Asyl verständigen.“ (Clemens Lahner)

Schutzbedarf ordentlich geprüft werde. Dieses Recht wird ihnen verweigert. Im konkreten Fall von Amin handelt es sich auch um einen illegalen Pushback. Nachdem die Behörde die Grup-

„Der Begriff Pushback bezeichnet in der Regel eine illegale Praxis.“
Adel-Naim Reyhani

pe der Flüchtlinge aufgegriffen hatte, stellte sich in der Polizeistelle Sieldorf schnell heraus, dass niemand aus der Gruppe gültige Papiere dabei hatte. Daraufhin verständigte die steirische Polizei die slowenische Polizei, die die Gruppe

junger Männer schließlich abholte und hinter die Grenze brachte. „Prinzipiell darf die Polizei so was machen“, erklärt Clemens Lahner. Er ist der Rechtsanwalt, der den 17-Jährigen im Gerichtsverfahren am Landesverwaltungsgericht Steiermark vertritt. „Wenn aber jemand deutlich äußert, dass er oder sie Asyl beantragen will, dann muss die Polizei das Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl verständigen“, erklärt Lahner den entscheidenden Unterschied.

Recht auf Rechte

„Flüchtling zu sein, bedeutet vorerst, dass man keinen sicheren Rechtsstatus mehr vorfindet. Der Schutz des Her-

kunftsstaates ist verloren“, beschreibt Adel-Naim Reyhani die ausweglos scheinende Situation geflüchteter Menschen, die keinen Zugang zu Asyl haben. Werden diese Menschen an einer Grenze zurückgewiesen, ohne überhaupt die Chance zu bekommen, dass ihr Asylantrag in einem Verfahren behandelt wird, dann werden diese Menschen ihres Rechts beraubt, überhaupt Rechte zu haben. Das hat weitreichende Folgen. Der Menschenrechtsexperte weist darauf hin, dass das dann keine rein rechtliche Frage mehr ist: „Menschen wird dadurch verwehrt, wieder einen rechtmäßigen Platz auf der Welt zu haben, wo sie Teil einer Gemeinschaft sind, in der sie sich zusammen mit anderen engagieren können.“

Zu dieser verzwickten Lage hat auch beigetragen, dass vielen Menschen legale Fluchtwege verwehrt werden. Sie sind gezwungen, illegal die Grenzen zu übertreten. „Die Möglichkeiten zur legalen Einwanderung wurden deutlich erschwert. Deshalb schauen die Menschen, wie sie über das Asylrecht nach Europa einreisen können“, beschreibt Lahner die Situation. Auch, dass eine Einreisegenehmigung nicht mehr über Botschaften im Ausland möglich ist, befördere illegale Einreisen. Er gibt zu bedenken: „Zusätzlich zur erschwerten legalen Einreise werden nun auch noch Lager gebaut, Grenzzäune aufgezogen und Grenzschutztruppen aufgerüstet“, meint er. Insofern ist das Argument der Schlepperei für Lahner hinfällig, denn: „Die Gesetzgebung hat dieses Problem erst erschaffen.“ Wenn ein Mensch legal migrieren könnte, würde er Lahner zufolge keinen Cent für Schlepper*innen ausgeben. Wenn Menschen nun aber auch noch verwehrt wird, von ihrem Asylrecht Gebrauch zu machen, ist das eine ausweglose Situation.

NGOs und Anwälten wie Clemens Lahner kommt deshalb eine besondere Verantwortung zu. Oft wissen geflüchtete Menschen nicht, welche Rechte sie haben und wie sie zu ihren Rechten kom-



Wird Menschen an der Grenze verweigert, um Asyl anzusuchen, dann werden sie „ihres Rechts beraubt, überhaupt Rechte zu haben.“ Adel-Naim Reyhani, Ludwig Boltzmann Institut für Menschenrechte.

men. Deshalb sei es wichtig, dass es NGOs wie „Border Crossing Spielfeld“ oder „Pushback Alarm Phone Austria“ gibt. Sie versuchen, den Flüchtlingen Zugang zu ihrem Recht zu verschaffen. „Ich arbeite mit einer NGO zusammen, die mich kontaktiert und gefragt hat, ob ich die Vertretung dieses 17-Jährigen übernehmen könnte“, erzählt Lahner. Angesichts der Beweislage traute er sich zu, den Fall zu gewinnen, und zog

„Das sind schon Meilensteine, dass beide Amtsrevisionen zurückgewiesen wurden.“
Clemens Lahner

mit seinem Klienten vor Gericht. „Ohne die NGOs in Slowenien und das Vertrauen des Klienten wäre das nie gelungen“, zeigt sich Lahner dankbar.

Fall gewonnen, aber kein Aufenthaltsrecht

Tatsächlich befand das steirische Landesverwaltungsgericht, dass die Amtshandlung der Beamt*innen rechtswidrig war. „Die Beamt*innen haben weder das BFA verständigt noch haben sie selbst die Erstprüfung übernommen.“ Ob sein Klient das Wort Asyl oder Asylum einmal oder mehrfach ausgesprochen hat, weiß Lahner nicht – er war schließlich nicht mit dabei. Trotzdem

war er von Anfang an überzeugt davon, diesen Fall gewinnen zu können. „Wir hatten GPS-Daten von den Handys der Burschen. Auf dem Handy war sogar ein Video, auf dem sie sich gefilmt haben, während sie sich über den Grenzübertritt gefreut haben“, beschreibt der Rechtsanwalt die Beweislage. Warum hätte die Gruppe Geflüchteter also nicht um Asyl ansuchen wollen? „Ein weiterer Erfolg ist, dass das Landesverwaltungsgericht nicht nur der Klage stattgegeben hat, sondern auch dazugeschrieben hat, dass diese Pushbacks methodisch stattfinden“, meint Lahner. Die Polizei hat das beim Verwaltungsgerichtshof beinsprucht, erfolglos. „Das sind schon Meilensteine, dass beide Amtsrevisionen zurückgewiesen wurden und nun schwarz auf weiß steht, dass Pushbacks an der österreichischen Grenze methodisch stattfinden“, misst Lahner dem Spruch große Bedeutung zu.

Bei der Gerichtsverhandlung durfte Amin nicht persönlich anwesend sein. Warum? Er hatte kein Recht, nach Österreich einzureisen. Er wurde per Videoschaltung zugezogen. Der Menschenrechtsexperte Adel-Naim Reyhani kommentiert das so: „Wenn jemand in Österreich einen Asylantrag stellt, hat er einen faktischen Abschiebeschutz. Der wurde hier klar verletzt.“ Ein Aufenthaltsrecht hingegen bekommt man

erst mit der Zulassung zum Asylverfahren, also in dem Moment, wo entschieden wird, dass Österreich der zuständige Staat ist. Reyhani sieht hier eine Rechtslücke, die geschlossen gehören: Personen, denen durch ein Zurückdrängen an der Grenze rechtswidrig ein Asylverfahren verweigert wurde, sollte wieder die Möglichkeit auf ein solches Verfahren in Österreich gegeben werden. Clemens Lahner beschreibt die Situation als „skurril“: „Im Namen der Republik wurde rechtskräftig festgestellt, dass die Amtshandlung der Polizei rechtswidrig war. Trotzdem ergibt sich daraus kein Recht zur Einreise oder für einen Aufenthalt.“ Der Gesetzgeber sei gefordert. „Wenn systematisch Recht gebrochen wird, dann müsste man das Recht auch ändern“, stellt er fest. Konkret bedeute das: „Wenn jemand illegal abgeschoben wird, soll die Person wieder einreisen dürfen.“

Systematische Pushbacks erfordern politische Lösung

Warum handeln Grenzkontrollbehörden so? Auf diese Frage zeigt sich Lahner erst einmal ratlos. Er wolle keinem Polizisten und keiner Polizistin etwas unterstellen. Er spricht aber von einem Diskursklima, das vor allem darauf abzielt, Grenzen zu schützen. „Der gesamte Bereich von Grenzkontrollen, Asylrecht, Fremdenrecht, liegt im Zuständigkeitsbereich des Innenministeriums.“ Das sei ein Fehler, weil Migration kein sicherheitspolitisches Anliegen ist. „Innenminister*innen haben nun schon häufig bewiesen, dass sie keine Ahnung und kein Gespür haben, weil sie alles durch die Sicherheitsbrille sehen“, ergänzt er. Vor Wahlen werde dann rituell von mehr und schärferen Grenzkontrollen gesprochen. Das wirke sich auch auf das Handeln der Grenzbehörden aus. „Die kriegen ja mit, dass das Bundesinnenministerium keine Leute nach Österreich lassen will – dann denken sie vielleicht, es ist besser, wenn sie sie die Grenze gar nicht erst



Lahner: Fall gewonnen, trotzdem durfte sein Mandant nicht einreisen.

passieren lassen.“ Auch Reyhani appelliert, politische Prozesse dahin zu entwickeln, dass konstruktive Entscheidungen getroffen werden können – ohne die Angst, eine Wahl verlieren zu können.

„Die Gesetzgebung hat dieses Problem erst geschaffen.“
Rechtsanwalt Clemens Lahner
zum Thema Schlepperei.

Grenzen, Zäune und Meere

Der Fall des 17-jährigen Somaliers ist glimpflich ausgegangen. Er hat in Slowenien Asyl bekommen. Dennoch: „Dramatisch an den Pushbacks von Österreich nach Slowenien ist, dass es zu sogenannten Kettenabschiebungen bis nach Bosnien führen kann“, so Lahner. Die Flüchtlinge würden von Grenze zu Grenze zurückgeschoben und in Kroatien hinter die Bosnische Grenze geprügelt. „Dort sitzen die Menschen dann buchstäblich im Gatsch, ohne Handy, ohne gar nichts“, weiß Lahner. Manchmal liegen Grenzen, an denen Pushbacks durchgeführt werden, auch auf hoher See. Die Problematik mit ille-

galen Pushbacks und deren rechtlicher Handhabung wird für Reyhani unter anderem im zentralen Mittelmeer zwischen der italienischen und libyschen Küste deutlich. Italien wurde vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte wegen Pushbacks verurteilt, die in internationalen Gewässern stattfanden. Nun übernimmt die libysche Küstenwache für Italien diese „Migrationskontrolle“. Italien konnte seither nicht mehr belangt werden. Dass Italien die libysche Küstenwache mit Training, Equipment und Koordination bei solchen „Aktionen“ unterstützt, sieht Reyhani als rechtlichen Graubereich.

Clemens Lahner bezeichnet die Pushbacks zwischen Griechenland und der Türkei oder von der Libyschen Küstenwache als „mörderisch“: „Die Küstenwache oder Frontex machen angeblich Boote kaputt, lassen sie treiben oder übergeben Menschen der Libyschen Küstenwache, die nichts anderes als eine Banditentruppe ist.“ Lösegelderpressungen an Familien, sexuelle Ausbeutung und weitere furchtbare Auswirkungen seien die Folgen für die Flüchtlinge. Er wird deutlich: „Die Menschen steigen in das Boot, weil hinter ihnen die Hölle ist und ertrinken schließlich in dem Mittelmeer, wo wir Urlaub machen. Das wirkt nicht abschreckend, das ist zynisch und menschenverachtend.“

Seinen gewonnenen Fall sieht Lahner als einen Mosaikstein von vielen. „Natürlich kriege ich mit, dass auch in anderen Staaten solche Verfahren gewonnen werden“, stellt er fest. Das verändere das Klima und erzeuge öffentlichen Druck. Er hofft auch, dass konkret in Österreich solche Maßnahmenbeschwerden, wie er sie gewonnen hat, künftig in Polizeischulungen und Aus- und Weiterbildungen zur Sprache kommen. Sie sollen bewirken, dass weniger Menschen an den Grenzen illegal zurückgeschoben werden. „Dann sagen sie vielleicht, nein, machen wir das nicht, sonst wird der Lahner wieder lästig“, schmunzelt er.

STAATSBÜRGERSCHAFT

„Demokratie lebt von Beteiligung, nicht vom Ausschluss“

Die 17-jährige Schülerin BÜSRA ÖZCELIK belegte beim Mehrsprachen-Redewettbewerb „SAG'S MULTI“ den ersten Platz. Geboren und aufgewachsen in Steyr besitzt die junge Österreicherin dennoch keinen österreichischen Pass. Gegen diesen Ausschluss engagiert sie sich.

TEXT: FLORIAN GUCHER
FOTOS: KARIN WASNER

Habt keine Angst, dass durch meine Stimme eure Stimme an Wert verliert. Vergesst nicht, ich bin genauso eine Österreicherin wie ihr.“ Es sind berührende Worte, die die 17-jährige Schülerin BÜSRA ÖZCELIK beim Mehrsprachen-Redewettbewerb „SAG'S MULTI“ in ihrer auf Türkisch wie Deutsch gehaltenen Rede zum Thema „Meine Rechte – deine Rechte – unsere Zukunft“ ins Publikum wirft. Ihre Worte machen Dinge augenscheinlich, konfrontieren einen mit Tatsachen, die nur allzu oft unter den Teppich gekehrt werden. Bewusst wie unbewusst. Und sie regen zum Nachdenken über demokratiepolitische Verhältnisse an. Nach BÜSRA'S Podiumsauftritt kann sich wohl niemand mehr aus der Verantwortung nehmen. Mit uns sprach die aus Steyr stammende Schülerin, die derzeit die Maturaklasse des Gymnasiums Werndlpark besucht, über bürokratische Hindernisse, Ungereimtheiten und Ansätze zur Bekämpfung von Diskriminierung. Das Gespräch wurde zu einem eindringlichen Appell an die Politik, das Staatsbürgerschaftsrecht zu liberalisieren.

BÜSRA, DU LEBST SEIT DEINER GEBURT IN ÖSTERREICH, BIST HIER AUFGEWACHSEN, SOZIALISIERT UND VOLLKOMMEN INTEGRIERT. DIE ÖSTERREICHISCHE STAATSBÜRGERSCHAFT BLIEB DIR ABER BIS DATO DENNOCH VERSAGT. WARUM?

Die Bürokratie macht das unmöglich. Es gibt kaum ein Land in Europa, besonders in der Europäischen Union, in dem es so schwer ist, die Staatsbürgerschaft zu bekommen. Einbürgerungshürden

„ES GIBT KAUM EIN LAND IN EUROPA, IN DEM ES SO SCHWIERIG IST, DIE STAATSBÜRGERSCHAFT ZU BEKOMMEN.“ BÜSRA

wie ein Nachweis des Mindesteinkommens der Eltern machen es für viele hier geborene Kinder nicht einfach. Dazu kommt der finanzielle Aspekt, sprich, es ist nicht nur sehr aufwendig, sondern auch extrem kostspielig. Nicht jede Familie kann sich das überhaupt leisten. Wirklich schade, dass der Weg, ein Österreicher oder eine Österreicherin zu werden, so kompliziert ist, weil ich hier aufgewachsen bin und mich in diesem Land zuhause fühle.

DU MATURIERST NÄCHSTES JAHR, HAST DU BEREITS ZUKUNFTSPÄNE, WIE ES WEITERGEHEN SOLL?

In Zukunft sehe ich mich in der Flugbranche, weil mich die Luftfahrt sehr interessiert. Ich habe vor, nach der Matura Aviation Management zu studieren, und könnte mir sogar vorstellen, später als Pilotin zu arbeiten. Ich reise gerne und es macht mir sehr viel Spaß, neue Orte, Menschen und Kulturen kennenzulernen. Ich werde mich aber definitiv auch weiterhin für die Rechte von Minderheiten einsetzen und für Gleichberechtigung für alle kämpfen.

FERNAB ALLER EINBÜRGERUNGSVORAUSSETZUNGEN: GIBT ES SITUATIONEN, DIE OHNE DIE ÖSTERREICHISCHE STAATSBÜRGERSCHAFT SCHWIERIGER ZU BEWÄLTIGEN SIND?

Ich denke da vor allem an den Arbeitsmarkt. Leider ist es in vielen Unternehmen so, dass eine andere Staatsbürgerschaft automatisch eine Benachteiligung mit sich bringt. In diesem Sinne ist es in Österreich durchaus eine Herausforderung, eine ausbildungsgerechte Stelle zu finden. Das bereitet auch mir ein wenig Sorge. Aber auch im Studium, sowie im



Privatleben gibt es Hürden.

Das heißt, Dinge, die für Österreicher*innen selbstverständlich sind, werden für dich zur Herkulesaufgabe?

Ja, das Reisen beispielsweise. Niemand denkt an die ganzen Unterlagen, die vorab nötig sind, um ein fremdes Land zu besuchen. Monatelange Behördengänge gehen dem voraus. Von vielen Bekannten habe ich auch schon von teilweise diskriminierender Behandlung in den Ämtern gehört.

Wie sieht das mit Benachteiligungen im Alltag aus?

Sie wiegen schwer und sind oftmals nicht zu unterschätzen. Wenn in der Schulklasse über die anstehenden Wahlen gesprochen wird, fühle ich mich ausgegrenzt. Ich darf ja nicht mitbestimmen, nicht mitreden, da meine Stimme nicht zählt. Das ist ein bedrückendes Gefühl.

Du wirkst sehr selbstbewusst, angesichts dieses kalten Windes. Gibt es konkrete Situationen, wo du Ängste verspürst?

Ich mache mir natürlich meine Gedanken, wie es sein wird, wenn ich mich für eine Arbeitsstelle bewerbe. Ich versuche dennoch, optimistisch in die Zukunft zu blicken und spreche öffentlich darüber, da ich etwas bewegen möchte.

Du besuchst derzeit die letzte Klasse des Gymnasiums Werndlpark in Steyr. Wird da viel über Diskriminierung und Ungleichheit gesprochen?

Wir thematisieren es immer wieder in der Klasse, beteiligen uns auch an Aktionen dagegen, indem wir beispielsweise auch die „Pass Egal Wahl für Schulen“ in unser Gymnasium geholt haben. Das ist eine gute Gelegenheit, um über das Dilemma des Wahlausschlusses offen zu diskutieren. Demokratie lebt von Beteiligung, nicht vom Ausschluss. Das soll allen klar werden. Es wird viel über das Wahlrecht und die darin verborge-



„Ich versuche, optimistisch in die Zukunft zu blicken.“

nen Probleme debattiert, konkrete Verbesserungsmöglichkeiten fehlen aber.

Kann das daran liegen, dass es schwierig ist, aktiv etwas dagegen zu unternehmen, was nicht in den eigenen vier Wänden verhaftet bleibt?

Absolut. Doch das ließe sich vielleicht ändern. Generell finde ich, dass diese Thematik viel stärker Eingang in den Unterricht finden sollte. Es ist wichtig, dass die Bevölkerung von klein auf ein Gespür dafür bekommt und nachvollziehen kann, dass es große Erschwernisse sind, die Menschen mit einem fremden Pass erfahren. Nur so kann es in weiterer Folge auch nach außen wirken.

Vielleicht auch in Form von öffentlichen Reden, wie Sie es beim Mehrsprachen-Redewettbewerb „Sag’s multi“ getan haben?

Nach meiner Rede habe ich im nachträglichen Gespräch mit einigen Personen gemerkt, wie stark unterrepräsentiert das Problem des Ausschlusses von Menschen ohne Staatsbürgerschaft des Landes ist. Eine Frau war durchaus schockiert und überrascht, da sie vorher nicht mitbekam, welche großen Dimensionen die Benachteiligung im Alltag

tatsächlich annimmt. Veranstaltungen können Akzente setzen. Es ist aber schade, dass dieses Thema nur bedingt ins Zentrum der Aufmerksamkeit rückt und viele gar nichts von diesen Problemen wissen. Das kann und darf nicht der richtige Weg sein. Durchaus könnten die Bestrebungen der Gesellschaft größer werden, Veränderungen und Vereinfachungen einzuleiten, wäre das Thema präsenter. Die österreichische Bevölkerung sollte in erster Linie mal aufgeklärt werden, was da los ist. Ich bin überzeugt: Erst dann kann sich wirklich etwas bewegen. Und mit der Aufklärungsarbeit sollte schon früh im Kindesalter an Schulen und Bildungseinrichtungen begonnen werden.

Gemeinnützige Organisationen gehen täglich gegen Ungleichheit und Diskriminierung vor. Sind sie Wegbereiter einer besseren, harmonischen Gesellschaft ohne Ausgrenzung?

So, wie sich Organisationen, im Besonderen auch SOS Mitmensch, für Randgruppen einsetzen und Aufmerksamkeit

„Es ist wichtig, dass die Bevölkerung ein Gespür bekommt, welche Erschwernisse Menschen mit fremdem Pass erfahren.“

erregen, finde ich super. Man kann sich nur wünschen, dass viel mehr Organisationen solchen Ehrgeiz zeigen.

Wie siehst du selbst dein Leben, fühlst du dich in Österreich eigentlich wohl?

Jein. Wenngleich ich mich als Österreicherin fühle und sich mein Leben nach den Regeln und Gesetzen des Landes richtet, werde ich von der Gesellschaft wie eine Ausländerin behandelt. Es ist ein immerwährender Zwiespalt, den man aufgrund der Einbürgerungsschwierigkeiten nicht lösen kann. Das Problem, bei richtungsweisenden Entscheidungen des Landes nicht mitbestimmen zu können, intensiviert dieses Gefühl noch. Politische Handlungssträ-



Politische Handlungsträger sollten sich bewusst werden, wieviele Millionen Menschen sie von der Mitbestimmung ausschließen.

ger sollten sich bewusst werden, wie viele Millionen Menschen sie von der Mitbestimmung ausschließen. Das sind letztlich auch Stimmen, die ihnen zugutekommen könnten.

Sollte die Politik über die Liberalisierung des Wahlrechts für Menschen mit nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft nachdenken? Wäre das nicht ganz im Sinne der Demokratie?

Durchaus. Wer eine lange Zeit in Österreich wohnt, ich rede da von circa 15 bis 20 Jahren, in Österreich arbeitet und Steuern zahlt, sollte das Recht haben, auch ohne Staatsbürgerschaft an den Wahlen teilnehmen zu dürfen. Denn das sind Entscheidungen, die jeden und jede Einzelne ganz unabhängig von der Staatsbürgerschaft treffen, doch viele dürfen schlichtweg nicht daran partizipieren.

Immer wieder werden Familien mit Kindern abgeschoben, die hier aufgewachsen sind. Wie beurteilst du dieses Vorgehen, ist das überhaupt zu rechtfertigen?

Ich finde das inakzeptabel und ziemlich traurig, wie die Chancen von jungen Menschen eingeschränkt werden.

Jeder verdient es, sich seine Zukunft so zu gestalten, wie er es möchte, ohne jegliche Hindernisse. Anstatt direkt von einer Abschiebung zu reden, könnte man sich andere Wege ausdenken, wo beide Seiten profitieren.

Wenn du an deine eigenen Erfahrungen denkst, was würdest du Menschen ohne österreichischen Pass auf den Weg mitgeben? Zum Beispiel, was den Umgang mit erfahrenen Ungerechtigkeiten und Diskriminierungen betrifft?

Menschen ohne österreichischen Pass kann ich nur raten, dass sie sich für ihre Rechte einsetzen und auch dafür kämpfen. Wenn wir alle die Realität mit anderen teilen und ihnen zeigen, was für Hürden und Erschwernisse es mit sich bringt, die Staatsbürgerschaft nicht zu besitzen, können wir auch etwas für alle bewirken. Meine Wünsche für die Zukunft sind es, dass keiner diskriminiert wird und jeder gleichbehandelt wird, ohne darauf zu achten, welche Hautfarbe, Religion, etc. die Person hat. Abgesehen davon wünsche ich mir Solidarität mit Menschen in Not – wenn wir uns nicht gegenseitig helfen können, werden wir nie in Frieden leben.

IMPRESSUM

MO REDAKTION:

c/o SOS Mitmensch, Zollergasse 15/2,
1070 Wien, T +43 1 524 99 00,
F +43 1 524 99 00-9,
redaktion@momagazin.at,
www.momagazin.at

REDAKTION:

Gunnar Landsgesell (Chefredakteur; gun),
Petja Dimitrova (Porträt-Illus), Alexander Pollak (apo),
Karin Wasner (Bilder), P.M. Hoffmann (Illustrationen),
Eva Vasari (Illustrationen), Clara Akinyosoye, Eva Maria
Bachinger, Philipp Sonderegger, Baruch Wolski

AUTORINNEN DIESER AUSGABE:

Clara Akinyosoye, Andreas Bachmann, Georg Eckelsberger,
Florian Gucher, Nour Khelifi, Martin Marterbauer,
Beverly Mtui, Milena Österreicher, Alexander Pollak,
Sophia Reiterer, Evelyn Schalk, Martin Schenk, Philipp
Sonderegger, Vladimir Vertlib, Vina Yun

COVERBILD: Lukas Ilgner

ARTDIREKTION: Mitko Javritchev

LAYOUT-KONZEPT: Theo Kammerhofer

DRUCK: Ferdinand Berger & Söhne GmbH,
Wiener Straße 80, 3580 Horn

ANZEIGEN: Ute Meißnitzner,
ute.meissnitzer@sosmitmensch.at
Telefon: +43 1 524 99 00-16

ABOS: Sonja Kittel, abo@momagazin.at
Telefon: +43 1 524 99 00-18

VERTRIEB:

Beilage „Der Standard“; Straßenkolportage

AUFLAGE: 45.000

HERAUSGEBERIN:

SOS Mitmensch, Zollergasse 15/2, 1070 Wien,
T +43 1 524 99 00, F +43 1 524 99 00-9,
Mail: office@sosmitmensch.at
Web: www.sosmitmensch.at
ZVR: 22747570

OFFENLEGUNG gem. § 25 MedienG:

Medieninhaber (Verleger) und
Herausgeberin: SOS Mitmensch
Sitz: Wien
Geschäftsführung: Alexander Pollak,
Gerlinde Affenzeller;
Obmann: Max Koch
Grundlegende Richtung: gegen Diskriminierung,
für Menschenrechte, Demokratie und Migration
ZVR: 22747570

SPENDEN:

IBAN: AT87 6000 0000 9100 0590
BIC: BAWAATWW
MO ist das Medium von SOS Mitmensch gegen
Rassismus und Diskriminierung, für Menschenrechte,
Demokratie und Migration. Der Nachdruck der Beiträge
ist bei Nennung der Quelle und Übersendung von
Belegexemplaren ausdrücklich erwünscht, wenn
das Copyright nicht ausgewiesen ist. Die Rechte der
Fotografien liegen bei den Urheber*innen.
Falls kein/e Urheber*in ausgewiesen ist:
SOS Mitmensch.

DEMOKRATIE-DEFIZIT

Hohe finanzielle Hürden

Wie viel muss man verdienen, um die österreichische Staatsbürgerschaft zu erhalten? Die Hürden sind hoch und es gibt keine Ausnahmen. Nicht einmal für hier geborene Menschen. Soll das so bleiben?

Wie viel Geld muss man verdienen, um die österreichische Staatsbürgerschaft zu erhalten?

Wer einen österreichischen Pass beantragt, muss über einen Zeitraum von drei Jahren innerhalb der letzten sechs Jahre ein Mindesteinkommen nachweisen – zumindest sechs Monate davon müssen unmittelbar vor dem Antragszeitpunkt liegen. Dieses Mindesteinkommen liegt aktuell für eine Einzelperson bei netto, also nach Abzug aller Steuern, 1.030,49 Euro plus einem Großteil (alles, was 309,93 Euro übersteigt) der Wohnkosten. Darüber hinaus müssen auch Kreditraten und andere regelmäßig anfallende Aufwendungen abgedeckt sein. Pro Kind müssen weitere 159 Euro netto Einkommen pro Monat nachgewiesen werden. Für Familien in einem gemeinsamen Haushalt beträgt das zu erwirtschaftende monatliche Nettoeinkommen 1.625,71 Euro, wiederum plus einem Großteil der Mietkosten, der Kreditraten sowie anderer regelmäßig anfallender Aufwendungen sowie plus 159 Euro pro Kind (siehe die Richtsätze des § 293 ASVG).

Wohnkosten spielen Rolle

Eine Einzelperson braucht im günstigsten Fall, also bei niedrigen Wohnkosten, ein erforderliches Mindesteinkommen von mehr als 1.300 Euro brutto im



Einkommenshürde: Sie wäre für ein Drittel aller unselbständig Erwerbstätigen zu hoch.

Monat. Bei höheren Wohnkosten kann dies noch deutlich anwachsen. Wer Alleinerhalter*in einer Familie ist, muss ein Bruttoeinkommen von mindestens 2.600 Euro im Monat nachweisen.

800 Vollzeitberufe mit zu niedrigem Gehalt

Aufgrund dieses geforderten Mindesteinkommens fallen Arbeitslose und Teilzeitbeschäftigte meist komplett durch das Staatsbürgerschaftsraster. Doch auch eine Vollzeitbeschäftigung reicht nicht immer aus. Laut AMS-Gehaltskompass gibt es über 800 Berufe, bei denen das Einstiegsgehalt sogar bei Vollzeitbeschäftigung zu niedrig ist, um als Alleinerhalter*in einer Familie die Einkommenshürde für die

Einbürgerung zu überspringen. Überdurchschnittlich oft betroffen sind Berufe, die größtenteils von Frauen ausgeübt werden.

Hälfte der Arbeiter*innen verdient zu wenig

Auch verfügbare Einkommensdaten der Statistik Austria bestätigen, dass die Einkommenshürde für viele unüberwindbar ist. Das mittlere Brutto-Monatsgehalt aller unselbständig Erwerbstätigen liegt mit 2.161 Euro deutlich unter der Hürde für Familien-Alleinerhalter*innen. Ungefähr ein Drittel aller unselbständig Erwerbstätigen kommen nicht über die Einkommenshürde für Einzelpersonen. Noch düsterer sehen die Aussichten für Arbeiterinnen und Arbeiter aus, von denen fast die Hälfte nicht über die Einbürgerungshürde für Einzelpersonen kommt. Besonders benachteiligt sind Arbeiterinnen, von denen ca. zwei Drittel an der Einbürgerungshürde für Einzelpersonen und fast alle an der Hürde für Familien-Alleinerhalter*innen scheitern würden.

Deshalb fordert SOS Mitmensch unter anderem:

- die automatische Verleihung der österreichischen Staatsbürgerschaft an alle Kinder, die in Österreich zur Welt kommen, wenn zumindest ein Elternteil schon sechs Jahre hier lebt.
- die bedingungslose und kostenfreie Einbürgerung für hier geborene Kinder, deren Eltern bei der Geburt erst kurz im Land sind, spätestens im Alter von sechs Jahren.
- die bedingungslose und kostenfreie Einbürgerung aller jungen Menschen, die als Kinder nach Österreich gekommen sind, spätestens nach sechs Jahren, damit sie mit 16 wählen können.

www.hiergeboren.at

AUFHOLBEDARF

Flagge zeigen

In Österreich reichte die Diskriminierung und Verfolgung von LGBTIQ-Menschen bis weit über die Nachkriegszeit hinaus. Eine Rehabilitierung sowie ein vollständiger Diskriminierungsschutz stehen bis heute aus.

TEXT: MILENA ÖSTERREICHER

Zu früher Abendstunde am 7. Februar war es soweit. Es ist das Jahr 1944, am Landesgericht Wien wird Franz Doms dem Scharfrichter vorgeführt und das Todesurteil vollstreckt. Doms wurde mit 21 Jahren aufgrund seiner Homosexualität ermordet. Im Buch „Franz. Schwul unterm Hakenkreuz“ (2021) erzählt der Autor Jürgen Pettinger die Geschichte des jungen Österreicherers. Doms ist dabei nur eines der zahlreichen homosexuellen Opfer der NS-Justiz. Beinahe 80 Jahre später zählt das Landesgericht Wien auch zu den Stopps, die Historiker Andreas Brunner auf seinen Stadtpaziergängen einlegt. Der Co-Leiter der Forschungsstelle QWIEN erinnert bei seinen geführten Touren an die queere Geschichte der Stadt. „Queeres Leben ist in der ganzen Stadt vorhanden, man muss es nur suchen“, erzählt Brunner.

Geschichtsstunde

Die Forschungsstelle QWIEN ist es auch, die für das Justizministerium eine rechtshistorische Analyse der gesamten österreichischen Rechtslage nach 1945 durchführen und rechtliche Diskriminierung von LGBTIQ-Personen untersuchen wird. Kommendes Jahr sollen Ergebnisse vorliegen.



„Queeres Leben ist in der ganzen Stadt vorhanden, man muss es nur suchen.“ Andreas Brunner, Historiker und Co-Leiter der Forschungsstelle QWIEN.

Im Juni vergangenen Jahres entschuldigte sich Alma Zadić als erste Justizministerin für die strafrechtliche Ver-

Bis 1971 galt ein Totalverbot homosexueller Handlungen in Österreich. Es drohten bis zu fünf Jahr Haft.

folgung homosexueller Menschen. „Nur wer die Geschichte kennt, kann auch aus der Geschichte lernen“, mein-

te Zadić. Lernstoff scheint es genügend zu geben. Von 1852 bis 1971 galt mit Strafrechtsparagraf 129 1b ein Totalverbot homosexueller Handlungen: Bis zu fünf Jahre Haft für „Unzucht wider die Natur“. Für Männer wie für Frauen, wobei Historiker Brunner zufolge Frauen seltener und oft milder bestraft wurden. „Frauen wurde oft eine eigenständige Sexualität abgesprochen.“ Unter der Naziherrschaft galten etwa Beziehungen zwischen Frauen nicht

als direkte Gefährdung der Volksgemeinschaft. „Frauen konnte man sozusagen immer noch zum Gebären zwingen. Homosexuelle Männer entzogen sich aber dem Fortpflanzungsdiktum“, so der Historiker.

Mit der „Kleinen Strafrechtsreform“ unter Bruno Kreisky wurde der Paragraf schließlich 1971 abgeschafft, gleichzeitig aber vier weitere, Homosexuelle diskriminierende Paragrafen eingeführt. Von der Liste der offiziellen Krankheiten strich die Weltgesundheitsorganisation (WHO) Homosexualität knapp zwanzig Jahre später.

Flagge hissen

„Bis heute warten wir auf Rehabilitierung und eine Entschuldigung vom österreichischen Parlament“, sagt Michael Kudler von der Homosexuellen Initiative Wien (HOSI). Im Gegensatz zu Deutschland, wo der Bundestag im Jahr 2000 eine Entschuldigung aussprach und die Opfer rehabilitierte, steht das in der Alpenrepublik bis heute aus. Aufgewachsen im niederösterreichischen Bruck an der Leitha wagte Kudler erst in Wien sein Coming Out. „Ich wurde vor allem von der Jugendgruppe der HOSI Wien gestärkt“, sagt der heute 21-Jährige. Als Schüler engagierte er sich in der Schulvertretung der HTL Wien und initiierte erstmals im Juni 2019 das Hissen einer Regenbogen-Flagge vor der Schule.

Heute ist der Niederösterreicher Leiter des HOSI-Projekts FLAGincluded. Die Flagge soll als Diskursstarter dienen. Es kämen auch viele Anfragen für Workshops zu LGBTQI-Themen. Insgesamt 150 Schulen waren dieses Jahr österreichweit bunt beflaggt. „Die Flagge soll für die Jugendlichen auch ein Symbol sein, dass sie von ihrer Schule unterstützt werden und dass sie sich bei Problemen an ihren Direktor, ihre Direktorin wenden können“, sagt Kudler. Als Michael Kudler in seiner Pubertät feststellte, dass er sich zu Männern



Warten bis heute auf Entschuldigung vom Parlament. Michael Kudler (HOSI)

hingezogen fühlte, war es bereits legal, eine gleichgeschlechtliche Beziehung ab 14 Jahren einzugehen. Keine Selbstverständlichkeit, denn in Österreich galt bis 2002 für homosexuelle Beziehungen mit 18 Jahren ein anderes Mindestalter als für heterosexuelle Beziehungen, die mit 14 Jahren eingegangen werden

„Es ist bezeichnend für Österreich, dass immer erst der VfGH einschreiten muss.“
Michael Kudler, HOSI

konnten. Eine weitere Bestimmung, die durch den Verfassungsgerichtshof gekippt wurde. „Es ist bezeichnend für Österreich, dass immer erst der VfGH einschreiten muss“, sagt Kudler. Dem stimmt auch Historiker Andreas Brunner zu. „Bis auf die Einführung der Eingetragenen Partnerschaft 2010 wurden in diesem Bereich seit 1996 alle rechtlichen Verbesserungen durch den VfGH gefordert“, berichtet er. „Ohne VfGH sähe es traurig aus, weil sich ÖVP und FPÖ gegen alle Reformen gestemmt haben und das bei den Antidiskriminierungsrichtlinien bis heute tun.“

Gesetzeslücken

Europäischer Vorreiter war Österreich hingegen 1979 mit dem Gleichbehandlungsgesetz. „Hätten wir hier auf die EU gewartet, wäre es 1995 geworden“, sagt Sandra Konstatzky, Leiterin der Gleichbehandlungsanwaltschaft (GAW). Genau jenes Gesetz sorgt jedoch für paradoxe Fälle.

Diskriminiert etwa ein homophober Gastwirt seine lesbische Kellnerin, kann sich diese rechtlich zur Wehr setzen, da das Gleichbehandlungsgesetz bei der Kategorie „Sexuelle Orientierung“ den Arbeitsbereich umfasst. Der schwule Gast, der vom Wirten aus dem Lokal geworfen wird, kann sich juristisch jedoch kaum zu Wehr setzen. Die Ungleichbehandlung aufgrund sexueller Orientierung ist im Beruf per Gesetz verboten, während sie bei der Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen rechtlich nicht relevant ist.

Anfang des Jahres machte der Fall einer Beherbergungsstätte in der Wachau Schlagzeilen, die sich auf ihrer Website als „Anti-Homo-Haus“ bezeichnete und verlautbarte, dass homosexuelle Gäste unerwünscht seien. Der ÖVP-Bürgermeister ließ das Haus von der Beherbergungsliste der Gemeinde entfernen. Doch mehr als Empörung war nicht drinnen. Das Vermieten von Wohnflächen zählt neben Gastronomie, Versicherungs- und Bankdienstleistungen oder dem Gesundheitssektor zur Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen. „Interessanterweise genießen hier Trans- und Interpersonen einen höheren Schutz als homosexuelle Menschen, da sie in die Kategorie des Geschlechts fallen und hier der umfassende Diskriminierungsschutz besteht“, erklärt Gleichbehandlungsanwältin Konstatzky. „Unsere wichtigste Forderung bleibt das Levelling up, das heißt die Ausweitung des Diskriminierungsschutzes bei sexueller Orientierung auf alle Lebensbereiche“, sagt Konstatzky. Neben Griechenland und Spanien zählt Österreich in



Historiker Andreas Brunner: ÖVP und FPÖ haben sich gegen alle Reformen gestemmt.



Sandra Konstatzky (GAW): Mit dem Gleichbehandlungsgesetz war Österreich 1979 Vorreiter.



Wolfgang Wilhelm (WAST): unterstützt Personen, die Diskriminierung erfahren.

der EU zu den wenigen Ländern, die keinen vollständigen Diskriminierungsschutz bieten. „Seit 2008 führen wir diese Diskussion“, erklärt die Leiterin der GAW. Selbst Ungarn und Polen hätten den umfassenden Schutz vor rund zehn Jahren eingeführt.

Kommt es zu Ungleichbehandlungen am Arbeitsplatz, kann die Gleichbehandlungsanwaltschaft Schadenersatzpflicht prüfen bzw. Fälle vor die Gleichstellungskommission bringen. Wenn der Diskriminierungsfall nicht die Berufswelt betrifft, kann er dennoch online und anonym gemeldet werden.

Diskriminierung unerwünscht

„Uns wurde zuletzt von einem Fall berichtet, wo eine homosexuelle Person in der eigenen Wohnung von Handwerkern belästigt wurde“, erzählt Wolfgang Wilhelm, Leiter der Wiener Antidiskriminierungsstelle (WAST). Laut WAST leben rund 180.000 Menschen in der Bundeshauptstadt, die sich als LGBTIQ identifizieren.

Zwischen 100 und 150 Beratungsgespräche führte die WAST vergangenes Jahr durch. Wolfgang Wilhelm beobachtet ein gesteigertes Unrechtsbewusstsein, aber auch einen Anstieg an homophober Gewalt. Oft passieren Übergriffe am Wochenende in Partynächten, häufig sei Alkohol im Spiel.

„Wichtig ist, Vorfälle nicht runterzuschlucken, sondern Hilfe zu suchen“, rät Wilhelm. Die Antidiskriminierungsstelle schaltet sich auf Wunsch

ein, sucht den Kontakt mit allen Betroffenen oder kontaktiert gegebenenfalls die Polizei. „Wir wollen zeigen, dass Wien LGBTIQ-Personen unterstützt. Wir wollen keinerlei Diskriminierung in unserer Stadt“, so Wilhelm.

Liebe leben

Während Wien mit seiner „Lebe deine Liebe“-Kampagne schmusende Männer und Frauen in der ganzen Stadt plakatiert, verschärfte sich die Lage für LGBTIQ-Personen in manchen Nachbarländern. In Polen erklärten sich rund hundert Städte und Dörfer zu „LGBT-freien Zonen“, in Ungarn wurden u. a. Publikationen verboten, die nicht hete-

Homo- und bisexuelle Männer sowie Transpersonen sollen demnächst auch Blut spenden dürfen.

rosexuelle Sexualität darstellen. Die EU leitete in beiden Fällen Vertragsverletzungsverfahren ein.

„Die Sichtbarkeit der Community hat besonders in der Corona-Pandemie gelitten“, sagt HOSI-Mitarbeiter Michael Kudler. Dabei wäre Repräsentation gerade auch für junge Menschen so wichtig. Die Suizidrate ist unter homosexuellen Jugendlichen in Österreich bis zu sechsmal höher als unter der restlichen Bevölkerung. Laut einer Studie der Medizinuniversität Wien aus dem Jahr 2020 können Medien, wie etwa ermutigende Videos, in denen Menschen

von ihrem Coming Out erzählen, zur Suizid-Prävention bei jungen LGBTIQ-Menschen beitragen. „Nichts ist bestärkender, als seinesgleichen wiederzufinden. Der Moment, als zwei Frauen einander in der US-amerikanischen Serie „Grey’s Anatomy“ einen Heiratsantrag machten, war für mich ein Befreiungsschlag“, schreibt die Journalistin Franziska Tschinderle im „profil“.

„In den vergangenen Jahrzehnten hat sich bereits einiges zum Positiven verändert“, meint auch der Historiker Andreas Brunner. Seit 2010 sind Eingetragene Partnerschaften in Österreich möglich, seit 2019 die Ehe für alle. Der Operationszwang für eine Personenstandsänderung fiel. Frauen in lesbischen Partnerinnenschaften haben mittlerweile Zugang zu einer künstlichen Befruchtung durch Samenspende. Auch sollen homo- und bisexuelle Männer sowie Transpersonen demnächst Blut spenden dürfen.

Bis nächstes Jahr soll im Resselpark am Wiener Karlsplatz ein Denkmal für Männer und Frauen, die Opfer der Homosexuellen-Verfolgung in der NS-Zeit wurden, errichtet werden. An der Fassade des Wiener Landesgerichts wird zwar auf einer Tafel den Opfern von 1938-1945 gedacht, die am Gericht wegen ihrer politischen Überzeugung, nationalen Herkunft oder wegen ihres Glaubens hingerichtet wurden. Die Erwähnung der sexuellen Orientierung, wegen der auch Franz Doms sein Leben lassen musste, sucht man bis heute vergebens.



Die Statistik zeigt: Das Problem der Gewalt gegen Frauen – verbal und physisch – nimmt nicht ab.

ÖSTERREICH

Aufschrei gesucht

Femizide nehmen kein Ende. Genauso wenig wie Gewalt gegen Frauen. Sexuelle Belästigung ist für viele immer noch Alltag. Während Gewaltschutzeinrichtungen mehr Geld und Zusammenarbeit fordern, bringen Aktivistinnen ihre Wut wortwörtlich auf die Straße.

TEXT: MILENA ÖSTERREICHER

Gestern war ich wieder ankreiden“, erzählt Anna Majcan. Die Grazerin ist Teil der Initiative „Catcalls of Graz“. „Catcalling“ wird sexuelle Belästigung in der Öffentlichkeit genannt. Jede Woche bekommt die Initiative, die sich 2019 nach dem New Yorker Vorbild „Catcalls of New York“ gegründet hat, zwischen fünf und zehn Nachrichten auf Instagram. Frauen schildern darin ihre Erlebnisse mit sexueller Belästigung.

Einmal pro Woche strömen die Aktivistinnen in Graz aus und schreiben die Sprüche an den Ort des Geschehens.

**Gewalt gegen Frauen beruht
auch auf strukturellen
Ungleichheiten der Gesellschaft.**
Stefanie Wöhl

Während sie kreiden, hören sie zumeist negative Reaktionen von Passant*innen. „Habt ihr Jungen nichts Besseres zu

tun?“ oder „Wenn ihr euch so kurze Sachen anzieht, selbst Schuld.“ Die jungen Frauen aus Graz sind nicht die einzigen, die ihre Wut über das Frauenbild und die (verbale) Gewalt in der Öffentlichkeit zum Ausdruck bringen. Auch das Kollektiv „Claim the Space“ zieht regelmäßig nach Femiziden – das heißt nach einem Mord an einer Frau aufgrund ihres Geschlechts – durch die Straßen Wiens und ruft: „Nehmt ihr uns eine, antworten wir alle!“

Gesellschaftsbilder

Ein Blick auf die Statistik zeigt, dass das Problem der Gewalt gegen Frauen – verbal und physisch – nicht abnimmt. Im Gegenteil: Zwischen 2014 und 2018 stieg die Zahl der Frauenmorde um mehr als das Doppelte – von 19 auf 41 Fälle. Im aktuellen Jahr sind es laut dem Verein Autonome Österreichische Frauenhäuser bereits 22 Morde, die höchstwahrscheinlich als Femizid eingestuft werden können.

„Dass Gewalt gegen Frauen zunimmt, ist ein gesellschaftliches Problem, das einerseits auf strukturellen Ungleichheiten in der Gesellschaft – Stichwort ungleicher Verdienst und wenige Frauen in Machtpositionen – beruht“, meint Politikwissenschaftlerin Stefanie Wöhl, die derzeit den Jean Monnet-Lehrstuhl für „Diversität und Soziale Kohäsion in der Europäischen Union“ innehat. „Es liegt aber auch an der Vorstellung, die wir in Österreich über Frauen haben: Was wir über sie denken und von ihnen erwarten.“

Laut einer Studie der EU-Grundrechteagentur aus dem Jahr 2014 hat hierzulande fast jede fünfte Frau seit ihrem 15. Lebensjahr körperliche und/oder sexuelle Gewalt erlebt. Damit liegt Österreich im EU-Vergleich im Mittelfeld. Doch laut Statistik Austria ist Österreich der einzige Mitgliedsstaat, in dem es mehr Morde an Frauen als an Männern gab. Das ist unüblich angesichts der Tatsache, dass Männer überproportional häufig nicht nur Täter, sondern auch Opfer von Gewaltverbrechen sind.

Femizide an älteren Frauen

„In Krisenzeiten steigt erfahrungsgemäß die Gewaltbereitschaft“, berichtet Maria Rösslhuber, Geschäftsführerin des Vereins Autonome Österreichische Frauenhäuser (AÖF). Bereits während der Finanzkrise 2007/2008 sei dieses Phänomen zu beobachten gewesen. Rösslhuber weist auf ein weiteres Phänomen der Coronakrise hin: viele

Femizide an älteren Frauen. Die Hälfte, also zehn der heurigen 20 Morde wurden an Frauen über 60 Jahren begangen, vergangenes Jahr war es ein Drittel. „Es wird viel zu wenig darauf geachtet, wie es älteren Menschen geht“, sagt Rösslhuber. Pflege im Alter sei eine große Herausforderung und oft eine Überforderung, auch für männliche Partner. Anstatt Hilfe in Anspruch zu nehmen, neigen manche zu Gewalttaten und nehmen Frauen mit in den Tod. Rösslhuber fehlt ein politischer Auf-

**„Die Gesetze in Österreich sind im Grunde gut, es scheitert aber oft an der Umsetzung.“
Maria Rösslhuber**

schrei. 2020 schnürte die türkis-grüne Regierung ein Gewaltschutzpaket mit 24,6 Millionen Euro Budget und nahm wieder die Fallkonferenzen, bei denen sich Polizei, Justiz und Interventionsstellen regelmäßig trafen und austauschten, auf, was unter Türkis-Blau abgeschafft worden war. Jedoch können die Treffen nun nur noch von der Sicherheitspolizeibehörde einberufen werden.

„Die Gesetze in Österreich sind im Grunde gut, es scheitert aber oft an der Umsetzung“, beschreibt Maria Rösslhuber die Lage. Die Polizei kann gegen Gewalttäter eine Wegweisung, ein Betretungsverbot sowie ein Annäherungsverbot aussprechen. Diese müssen dann die Wohnung verlassen und dürfen sie zumindest zwei Wochen lang nicht betreten. „Aber gefährliche Täter, die wegen einer Straftat angezeigt werden, werden nur auf freiem Fuß angezeigt. Es besteht weiterhin die Möglichkeit, die Frau zu bedrohen oder sogar umzubringen“, beklagt Rösslhuber. Auch die hohe Anzeigeneinstellung sei immer wieder eine Demütigung für Frauen.

Es fehle eine effektive Zusammenarbeit zwischen allen Institutionen, mehr Budget sowie eine konstante Evaluierung der Maßnahmen. Etwa der App, die Anfang des Frühjahres vom Innenministerium präsentiert wurde. Mit ihr kann ein „stiller Notruf“ getätigt und die Polizei unauffällig gerufen werden. „Was sollen hier ältere Frauen, die etwa isoliert sind oder keinen Zugang zu digitalen Medien haben, machen?“, fragt die AÖF-Leiterin.

Die Initiative „Catcalls of Graz“ schreibt einmal pro Woche Sprüche sexueller Belästigung an den Ort des Geschehens.





Andrea Brem: sieht automatisch geteilte Obsorge nach Trennung skeptisch.



Maria Rösslhuber (AÖF): Sieht im Bereich Opferschutz ein Vorbild in Spanien.



Erich Lehner, Dachverband Männerarbeit: fordert mehr Täterarbeit.

Vorbild im Süden

Ein Vorbild im Bereich Opferschutz sieht Maria Rösslhuber in Spanien. Seit 2004 gibt es dort Gerichte, die sich ausschließlich mit Fällen häuslicher Gewalt befassen, Richter*innen werden sensibilisiert, Verfahren sind in der Regel kürzer. „Das gibt das Gefühl, ernst genommen zu werden“, so Rösslhuber.

Doch nicht alles läuft rund auf der iberischen Halbinsel. Ende vergangenen Jahres forderten acht UN-Sonderberichterstatter*innen, dass das Land Kinder besser vor gewalttätigen Vätern schützen müsse. Die spanische Justiz spricht diesen Vätern immer wieder das geteilte oder das alleinige Sorgerecht zu, obwohl häusliche Gewalt oder sexueller Missbrauch nachgewiesen werden kann. Auch in Österreich wird diskutiert: Eine automatisch geteilte Obsorge nach Trennung steht im Raum. Andrea Brem, Leiterin der Wiener Frauenhäuser, sieht das kritisch: „Diese Regelung ist ideal für Kinder, wo sich die Eltern gut trennen. Aber wo Gewalt im Spiel ist, wird es unheimlich schwierig, die Beziehung zum Täter zu kappen.“ Frauen und Kinder wären so weiter Drangsalierungen ausgesetzt und unter Kontrolle des Ex-Partners.

In anderen Bereichen blickt auch Andrea Brem gespannt auf die Entwicklungen in Spanien: „Es wird mit großen Entwürfen an einer feministischen Gesellschaft gearbeitet.“ Das südeuropäische Land ließ in den vergangenen Monaten mit einigen Gesetzen und

Initiativen aufhorchen: Krankenstand bei Periodenschmerzen, sicherer Schwangerschaftsabbruch ab 16 Jahren, Verbot von „Catcalling“, keine geschlechtsspezifische Spielzeugwerbung mehr. „Es gibt dort eine Gleichstellungsministerin, die ihre Aufgabe tatsächlich wahrnimmt“, so Brem.

Gleichstellung gegen Gewalt

Das Thema Gleichstellung ist auch für Erich Lehner, Vorsitzender des Dachverbandes Männerarbeit Österreich, Priorität. „Studien aus Staaten wie Norwegen zeigen, dass mehr Gleichstellung zu weniger Männergewalt führen kann“, so der Psychoanalytiker. Als akute Maßnahmen gegen Gewalt an Frauen sollte mehr in Gewaltschutzeinrichtungen sowie Täterarbeit investiert werden.

Langfristig müsse sich aber das Männlichkeitsbild ändern, und zwar dringend. „In Österreich muss ein Mann immer noch dominant, durchsetzungsstark und konkurrenzfähig sein“, meint Lehner. Stattdessen sollte sich das Bild aber hin zu einem fürsorgeorientierten Mann wenden.

Und es braucht mehr als einen Mentalitätswechsel: „Klare strukturelle Regelungen sind gefragt“, fordert Lehner. In den nordischen Ländern wurde bereits viel früher daran gearbeitet. Etwa mit dem Karenzmodell in Island, wo heute über 90 Prozent der Männer in Karenz gehen. In dem Inselstaat stehen nach der Geburt des Kindes jedem Elternteil jeweils sechs Monate Karenz zu, über einen Mo-

nat kann frei verfügt werden. Wird die Karenz nicht in Anspruch genommen, verfällt sie nach dem „Use it or lose it“-Prinzip und kann somit nicht dem anderen Elternteil übertragen werden.

„Männer, die sich um ihre Kinder kümmern – damit meine ich nicht nur mit ihnen zu spielen, sondern die Hausarbeit zu machen und sein Leben nach den Kindern auszurichten –, denken und agieren sozialer und empathischer“, erklärt der Psychoanalytiker. Fortsetzen müsse sich die Präsenz von Männern in der Fürsorgearbeit auch in der Pflege älterer Menschen, Kranker und Sterbender. „Ein Umbau der Gesellschaft ist notwendig, zum Wohle aller“, sagt Lehner.

Weiter kreiden

Ein Umdenken wollen auch die Aktivistinnen von „Catcalls of Graz“ bewirken. Es scheint beinahe wie eine Utopie: Ein öffentlicher Raum, in dem Frauen nicht sexualisiert und belästigt werden. „Wenn ich die Nachrichten auf Instagram öffne, tut es mir jedes Mal unheimlich leid, dass eine Frau so etwas im Alltag erleben muss“, berichtet Anna Majcan.

Gleichzeitig freue sie sich über die positiven Reaktionen der Betroffenen. „Bei fast jeder Nachricht wird uns gedankt. Für viele ist es das erste Mal, dass sie ihre Erlebnisse mit jemandem teilen können, der sie ernst nimmt.“ Für Anna und ihre Mitstreiterinnen ein großer Antrieb weiterzumachen. Sie werden kreiden, solange es etwas anzukreiden gibt.

EINSCHÜCHTERUNG

„Da kann einem schon mulmig werden“

SLAPP – das sind Klagen mit dem Ziel, ein Medium oder eine Person einzuschüchtern. Solche Fälle nehmen zu, sagt Anwältin Maria Windhager. Florian Skrabal von „Dossier“ und Thomas Walach, ehemals Zackzack.at, berichten über existenzbedrohende Klagen.

TEXT: ANDREAS BACHMANN

Für Florian Skrabal war es ein Schock. „Das fühlte sich an wie Flugnotfall“, sagt der Chefredakteur des investigativen Magazins Dossier. Es waren schwere Turbulenzen, als im Dezember 2020 ein dicker Brief in der Redaktion landete. „Da mussten wir uns erst mal setzen, einen Kaffee trinken und uns sammeln“, erzählt er im Gespräch.

Was war geschehen? Der Brief kam vom Handelsgericht Wien. Darin: eine Klage der OMV AG. Österreichs größter Konzern für Öl, Gas und Chemie klagte auf Unterlassung, Widerruf und Zahlung. Laut Dossier ging es um einen Streitwert von 94.000 Euro. Allein die Kosten des Klageverfahrens sollten knapp 5.000 Euro betragen. Für das ausschließlich von Beiträgen seiner Leser*innen finanzierte Magazin wäre das existenzbedrohend. „Wir waren schockiert über die Summe, um die es ging“, sagt Skrabal.

Die OMV stürzte sich an einem Dossier-Artikel, der den Kauf von Anteilen am Chemiekonzern Borealis thematisierte. Rund vier Milliarden Euro legte die OMV dafür auf den Tisch. Pikant: Verkäufer der Anteile war Mubadala Investments, ein Staatsfonds des Emirats Dubai. Und der ist gleichzeitig mit 24,9 Prozent Anteil einer der Hauptaktionäre



Wenn Konzerne klagen, kann das für Medien existenzbedrohend sein.

der OMV. Dokumente legten den Verdacht nahe, dass die zu 31,5 Prozent der Staatsholding gehörende OMV zu viel für die Borealis-Anteile bezahlt hatte, und das mit staatlichem Geld. Im Jänner 2021 klagte sie Dossier wegen eines weiteren Artikels. „Damit stieg deren Schadenersatzforderung auf 130.000 Euro“, erzählt Skrabal. „Da war uns klar, die wollten unsere Berichterstattung nicht

und einen Deckel darauf.“ Aus Sicht von Dossier hatte die OMV eine sogenannte SLAPP-Klage in Gang gebracht. Das Akronym steht für „Strategic lawsuit against public participation“. Wörtlich übersetzt heißt das Strategische Klage gegen öffentliche Beteiligung, oder einfacher formuliert: Einschüchterungsklage.

SLAPP-Klagen nehmen zu

Nach dem ersten Schock kontaktierte Dossier die Medienanwältin Maria Windhager. Sie war verblüfft, als sie das Klageschreiben sah. So einen Fall hatte sie noch nie auf den Tisch bekommen. Mehrere Dinge fielen ihr auf. „Da wurde über etwas berichtet, was schon vorher Thema war“, sagte Windhager jüngst bei einer Konferenz zum Thema SLAPP im Wiener Presseclub Concordia. Andere Medien wie Standard und Kurier, die schon vorher berichtet hatten, wurden hingegen nicht geklagt. Noch etwas fiel der Anwältin auf. Wie der Streitwert zustande kam, war zumindest ungewöhnlich. „Die OMV legte ein lustiges Gutachten vor“, so Windhager. Darin habe es geheißen, „durch die Berichterstattung hätten sie einen Reputationsschaden erlitten und viel Geld ausgeben müssen, um das zu reparieren“.

Das heißt: Die OMV musste Anzeigen in Medien schalten, um ihr Image aufzupolieren. Dafür sollte Dossier zahlen. Die Frage bleibt, wie ein behaupteter Imageverlust und dessen Reparatur seriös berechnet werden kann, ohne in das weite Feld der Fantasie abzurutschen. Für Dossier bedeutete das jedoch ein handfestes Problem. „Es war klar: Diesen Prozess vorzufinanzieren übersteigt die Möglichkeiten von Dossier“, so Windhager. Selbst eine normale Unterlassungsklage könne schnell 30.000 bis 50.000 Euro kosten. Ist die Gegenseite ein großes Unternehmen oder eine vermögende Person, zahlt sie das aus der Kaffeekassa. Windhager interpretierte das so: „Es soll eine Einschüchterungswirkung erzeugt werden: Passt ja auf, worüber ihr berichtet.“ So etwas sei auch ein Signal an andere Journalist*innen. „Und das ist problematisch“, so Windhager. Sie kenne seit vielen Jahren die „Einschüchterungswirkung dieser Klagen“. Maria Windhager ist eine der bekanntesten und profiliertesten Medienanwält*innen Österreichs. Sie vertritt u. a. die Tageszeitung *Der Standard*. Ihrer Einschätzung zufolge nimmt das Phänomen SLAPP zu. Dabei gehen nicht nur Unternehmen gegen Medien vor. Gegen einzelne Journalist*innen und Privatpersonen würden gehäuft Privatklagen eingebracht. Personen zu klagen, die Unternehmer*innen oder Politiker*innen kritisieren, werde dann damit gerechtfertigt, „dass man gegen Hass im Netz vorgeht“, so Windhager. Sie verweist auf den berühmt gewordenen Fall von Wolfgang Pechlaner. Der hatte im März 2021 im Kurznachrichtendienst Twitter vom „laptoplosen“ Gernot Blümel geschrieben und die ÖVP als „vergesslich und korrupt“ bezeichnet. Der damalige Finanzminister Blümel verklagte Pechlaner wegen übler Nachrede. Windhager interessierte der Fall. „Alle Kolleg*innen haben gesagt, Pechlaner wird verlieren, ich aber



Anwalt Peter Zöchbauer vertritt die OMV gegen „Dossier“. Er weist auf Verfahrenshilfen hin.

meinte: Nein, das muss zulässig sein.“ Am Landesgericht für Strafsachen verlor Pechlaner. Die Strafe: 100 Euro. Das Handelsgericht Wien, wo Blümel zusätzlich Unterlassungsklage und Antrag auf einstweilige Verfügung einbrachte, wischte das vom Tisch. Zu Ende ausgefochten ist der Fall noch nicht. Ob eine kritische Äußerung noch zulässig ist oder schon strafwürdig, entscheiden Gerichte bisweilen also höchst unterschiedlich. „Jeder Prozess birgt ein Risiko, zu verlieren. Das kann man vor-

Klagen sollen Einschüchterungswirkung erzeugen: Passt ja auf, worüber ihr berichtet. Maria Windhager

her nicht einschätzen“, sagt Anwalt Peter Zöchbauer zum MO-Magazin. Er vertritt die OMV beim Gerichtsstreit mit Dossier. Zöchbauer hat sich, das kann man wohl so sagen, mit diesem und ähnlichen Verfahren einen Namen gemacht. Dass geklagt zu werden für Medien wie Dossier schon wegen der Prozesskosten ein existenzbedrohendes Risiko ist, lässt er nicht gelten. In einem solchen Fall „stehen die Möglichkeiten der Verfahrenshilfe offen“, sagt Zöchbauer. Dabei würden Beklagte von Gebühren befreit und ein Anwalt gestellt. In zivilrechtlichen Verfahren sei zudem der Streitwert begrenzt, bei Medienklagen mit 21.000 Euro. Die Grenzen für Entschädigungen nach dem Hass-



Maria Windhager, Medienanwältin: das Phänomen SLAPP nimmt zu.

im-Netz-Bekämpfungsgesetz betragen 40.000 Euro, in besonders schweren Fällen 100.000 Euro. Viel Geld, aber es klingt zumindest berechenbar. Das Ganze hat aber mindestens zwei Haken, die auch Zöchbauer einräumt. Denn: „Es steht dem Kläger zu, echten Schadenersatz zu fordern“, sagt er. Wie hoch der sein soll, ist nicht gesetzlich gedeckelt. Und: Die Verfahrenshilfe trägt zwar die eigenen Verfahrenskosten, nicht aber die des Gegners. Deshalb „müssen sie bei Verlust der Klage die Kosten des Gegners tragen, das ist richtig“, sagt Zöchbauer.

„Aber wenn sie die Klage verlieren, dann war es auch keine SLAPP-Klage. Dann hat man sicher etwas falsch gemacht“, glaubt Zöchbauer. Ihn stört, dass Beklagte viel zu schnell dabei sind, ihren Gegner*innen eine Einschüchterungsklage vorzuwerfen. „Der Vorwurf von SLAPP-Klagen wird gerne verwendet, um von journalistischen Fehlleistungen abzulenken“, sagt Zöchbauer. Im Fall von OMV gegen Dossier stellte sich für das Magazin jedoch die Frage, worin ihre mögliche journalistische Fehlleistung überhaupt bestanden hätte. „Die OMV hat uns vor der Klage nicht auf einen Fehler hingewiesen“, sagt Florian Skrabal. „Sonst würden wir diesen natürlich korrigieren.“

Bevor Dossier seine Berichte veröffentlichte, konfrontierte es das Unternehmen mit den Vorwürfen. Die OMV habe dann unrechtmäßige Handlung-



Florian Skrabal, Dossier: War über die Klagssumme schockiert.

gen zurückgewiesen, konkrete Fragen aber nicht beantwortet. Auch nachdem die Klage zugestellt worden war, habe die OMV nicht auf Anfragen von Dossier reagiert. Die Redaktion war verunsichert: „Wenn du wirklich einen Fehler gemacht hast, überlegst du dir schon, ob du einen Prozess riskierst“, sagt Skrabal. Die Gegenseite sieht das auch heute noch ganz anders. „Die OMV stand damals in regelmäßigem Kontakt mit Dossier und hat dem Medium ihre Sicht nicht nur einmal klar dargelegt“, antwortet die Presseabteilung des Konzerns auf Anfrage von MO-Magazin. Zentrale Aspekte seien „falsch berichtet und nicht richtiggestellt worden“. Dossier-Chef Skrabal betont: „Das trifft nicht zu. Ich habe diesbezüglich nie etwas von der OMV vor der Klage bekommen.“ Obwohl die OMV auch heute noch der Ansicht ist, das Magazin habe falsch berichtet, zog sie ihre Klage im April vergangenen Jahres zurück. Der Konzern habe darauf verzichtet, die Klage fortzuführen, „weil wir kein Medium in seiner wirtschaftlichen Existenz gefährden wollen“. Dabei kam es schon zuvor zu einem Gerichtstermin und die OMV hatte mit Gutachten und Anwälten „schwere Geschütze“ aufgeföhren, wie Florian Skrabal es formuliert. Doch das Magazin wehrte sich außergerichtlich. Dossier machte die Klage öffentlich und startete eine Crowdfunding-Kampagne, um die zu erwartenden Prozesskosten hereinzubekommen. Andere Medien



Thomas Walach, Zackzack.at: Mit jedem Brief vom Gericht steigt die Angst.

berichteten, der öffentliche Druck auf die OMV wuchs. Ein Nebeneffekt für das Magazin: Dossier gewann dabei viele weitere Unterstützer*innen.

Permanentes Hintergrundrauschen

Die OMV zog die Klage zurück. Der Konzern bestreitet auch heute, ein SLAPP gegen Dossier versucht zu haben. „Es entspricht nicht der Unternehmenskultur der OMV, jemanden einschüchtern zu wollen“, sagt das Unternehmen. Doch es liegt auf der Hand:

Dossier startete eine Crowdfunding-Kampagne, um die zu erwartenden Prozesskosten hereinzubekommen.

Keine klagende Partei würde offen eingestehen, Medien und Personen einzuschüchtern. Thomas Walach, bis vor kurzem Chefredakteur des Online-Mediums Zackzack.at, weiß anderes zu berichten. In Vier-Augen-Gesprächen sei es vorgekommen, dass „beteiligte Anwälte in großer Offenheit gesagt haben, worum es ihnen geht“. Für Walach sind laufende Verfahren ein permanentes Hintergrundrauschen. Derzeit laufen gegen ihn drei Klagen. Der Streitwert gehe in die Millionen Euro. Da kann einem schon mulmig werden. „Mit jedem Brief vom Gericht steigt die Angst“, sagt er. Er habe in den vergangenen Jahren rund ein halbes Dutzend Klagen bekommen, „bei denen es darum ging,

einen Einschüchterungs-Effekt zu erzielen“, sagt er. Wie es bei solchen Klagen zu Millionenbeträgen an Streitwert kommt, erklärt er so: „Es werden so teure Gegendarstellungen eingefordert, dass es bei einer Verurteilung zu Kosten in beliebiger Höhe führen würde.“ Nicht nur im eigenen Medium müsse dann eine Gegendarstellung erscheinen, „sondern auch in anderen Medien, wo das natürlich zu bezahlen ist“.

Bei einer derzeit noch laufenden Klage habe die Richterin der ersten Instanz so argumentiert: „Wir hätten wissen müssen, dass andere Medien das aufgreifen würden und seien also dafür verantwortlich, was andere Medien veröffentlichen“, schildert Walach. Er kann das nicht nachvollziehen. „Würde das tatsächlich so gehandhabt, müssten Nachrichtenagenturen für jede korrigierte Meldung in allen Medien, die sie übernommen haben, Richtigstellungen buchen.“ Er kann sich nicht vorstellen, dass so etwas hält. Im vergangenen November wurde Walachs damaliges Medium vom Szene-Gastronom und Sebastian-Kurz-Freund Martin Ho wegen eines Berichts auf eine Million Euro Schadenersatz verklagt. Ähnlich wie die OMV argumentierte die Klagsseite, der gute Ruf Hos sei beschädigt worden. Den zu reparieren, würde eine Million Euro kosten, hieß es in einem „Gutachten“ des Kommunikationsberaters Wolfgang Rosam.

Gehe es um solche Summen, dann gehe es nicht um ein einzelnes Verfahren, das möglicherweise verloren werden kann. Dann gehe es um die Existenzen aller Personen, die für ein beklagtes Medium arbeiten. Das ist eine beachtliche Drohkulisse. Wegen angedrohter Klagen habe er noch nie einen Bericht nicht veröffentlicht, sagt Walach. Und er fügt an: „Ich habe gemeinhin die Erfahrung gemacht: Je mehr jemand möchte, dass etwas nicht veröffentlicht wird, desto wertvoller ist der Bericht für die Öffentlichkeit.“



Postkarte „Welt am Draht“, Anna Jermolaewa (*1970, St. Petersburg)
Von den sechs Telefonzellen aus, die sich auf dem Gelände des Erstaufnahmезentrums befinden, werden die meisten Auslandsgespräche in ganz Österreich geführt. In ihrer Arbeit setzt sie sich mit ihrer eigenen Biografie auseinander.



Installation, Daria Kuzmych (*1991, Kiew)
Die Künstlerin greift das regionale Motiv des Weines auf und stellt in ihrer Arbeit zwei völlig konträre Zeitlichkeiten gegenüber: die Wahrnehmung von Zeit im Zusammenhang mit Wein und Genuss sowie jene während des Erlebens von traumatischen Ereignissen.

PARTIZIPATION

Einen neuen Möglichkeitsraum schaffen

Beim Namen Traiskirchen denken viele wohl an die Erstaufnahmestelle für Geflüchtete. Der Ausstellungsparcours „WHAT CAN BE DONE? Praktiken der Solidarität“ führt historische und aktuelle Linien zusammen. Nachgefragt bei Kuratorin Michaela Geboltsberger.

Der Ausstellungsparcours hat den Titel „WHAT CAN BE DONE? Praktiken der Solidarität“ – Was war die Idee für diese Ausstellung?

„What can be done?“ ist ein Ausstellungsparcours zeitgenössischer Kunst im öffentlichen Raum in Traiskirchen und stellt Fragen nach gesellschaftlicher Partizipation und Solidarität mit Blick auf aktuelle und historische Kontexte. Traiskirchen hat viele Facetten und eine seit dem 18. Jahrhundert reiche Geschichte als wichtiger Industriestandort. Nach dem Ende des industriellen Aufschwungs hat er sich neu positioniert. In die ehemaligen Produktionshallen, in denen über lange Zeit Güter für die ganze Welt hergestellt wurden, sind längst neue Gewerbe und Dienst-

leister eingezogen. Der einst wichtige Güter-Transportweg über den Wiener Neustädter Kanal dient nun als Naherholungsgebiet. Und der Weinbau ist ein nach wie vor bedeutendes Kulturgut für die Stadt und die gesamte Region. Auch politisch ist der Geist der ehemaligen Arbeiter*innenstadt allgegenwärtig. Traiskirchen ist aber auch ein Ort, der spätestens seit 2015 im kollektiven Gedächtnis der Österreicher*innen Spuren hinterlassen hat. Das Erstaufnahmезentrum ist seit den 1950er-Jahren ein Spiegel geopolitischer Konflikte in Europa und darüber hinaus. Gleichzeitig wurde der Ort durch eine starke Zivilgesellschaft zu einem Symbol gelebter Solidarität. Es ist ein Ort voller Ambivalenz.

Wie äußert sich diese Solidarität aktuell?

Angesichts des aktuellen Krieges in Europa werden von allen Seiten Solidaritätsbekundungen ausgesprochen, und es wird zu europäischer Einigkeit und Geschlossenheit aufgerufen. Durch den Status als Vertriebene von Ukrainer*innen hat die europäische Politik einen ersten Schritt für eine neue Asylpolitik geschaffen. Es wurde ein Möglichkeitsraum erzeugt, der einen sofortigen Eintritt in die Erwerbstätigkeit ermöglicht oder den Besuch von Deutschkursen, anstatt in einem ungewissen Asylverfahren über Jahre festzuhängen. Diese Form der Solidarität gilt aber nicht für alle Menschen. Entscheidend ist die Frage, wie Solidarität auch



„Ein Realist oder ein Träumer“, Kamen Stoyanov (*1977 in Rousse, BG)
Für das Video begleitete Kamen Stoyanov einen früheren Bewohner des Erstaufnahmezentrums bei seiner Arbeit im Garten der Begegnung und in seinem Zuhause, einem Grundversorgungs-Quartier. Die Installation ist in einem ehemaligen Weingartenhüter-Häuschen zu sehen.



„Steel Rings“; Rayyane Tabet (*1983, Ashqout, Libanon)
Der Künstler bildet mit seiner Skulptur einen Abschnitt der nach 1946 gebauten Pipeline zwischen Saudi-Arabien und dem Mittelmeer nach. Seit damals war die TAPLine Zeugin sozioökonomischer Krisen im Nahen Osten. Im Hintergrund ist das Erstaufnahmezentrum zu sehen.

mit denjenigen möglich ist, mit denen man nicht gemeinsame Erfahrungen, das Geschlecht oder die Herkunft teilt.

In Traiskirchen befindet sich eines der Erstaufnahmezentren in Österreich. Inwiefern kann dieser Ort produktiv für so eine Ausstellung sein?

Wenn man sich in Traiskirchen aufhält, merkt man schnell, wie stolz die Bewohner*innen der Stadtgemeinde auf ihre Vergangenheit als Industrie- und Arbeiter*innenstadt sind und welche kleine Rolle das Erstaufnahmezentrum im täglichen Leben spielt.

Im Rahmen der Ausstellung haben uns Orte interessiert, an denen sich die Wege der lokalen Bevölkerung und die der Geflüchteten kreuzen. Schlussendlich geht es in diesem Zusammenhang um ein Aushandeln von Konzepten des Zusammenlebens und diese finden nicht nur auf politischer Ebene, sondern auch in den Klassenzimmern, an den Universitäten, auf der Straße und vor allem im privaten Bereich statt. In Traiskirchen ist dieser Dialog deutlich spürbar.

Wir haben uns gefragt, was zeitgenössische Kunst in diesem Spannungsfeld bewirken kann. Sie kann aufarbeiten, visualisieren, Diskurse offenhalten und vielleicht dazu beitragen, dass durch solidarisches Handeln und gemeinschaft-

liche Dynamiken und Initiativen in Zeiten großer Herausforderungen gesellschaftliche Gegenentwürfe greifbarer und damit vorstellbar werden.

Nach welchen Kriterien wurden die Künstler*innen ausgewählt?

Die neun Künstler*innen haben sich mit Traiskirchen auseinandergesetzt, mit der Geschichte, der Vergangenheit und der Gegenwart. Es sind zum Großteil neue ortsspezifische Arbeiten entstanden, die sich mit Migration, persönlicher Freiheit, solidarischen Handlungen und Zivilcourage beschäftigen, mit aktuellen gesellschaftlichen Herausfor-

derungen, aber auch mit persönlichen Träumen und Wünschen.

Der Ausstellungsparcours läuft noch bis 25. September, was sollte man beachten, wenn man ihn erkundet?

Besucher*innen werden den Ort Traiskirchen erkunden. Manche Arbeiten befinden sich im Zentrum, viele sind aber abseits der bekannten Orte positioniert. Es gibt ein umfangreiches Begleitprogramm, das aus geführten Touren und Interventionen besteht. (*gun*)

Die letzte Führung findet am 15. 9. statt.
www.publicart.at/de/kalender/?pid=1064

Die Künstler*innen versammelt, mit Kuratorin Michaela Geboltsberger und Bürgermeister Andreas Babler.



POPULÄR GESEHEN

Die im Dunkeln sieht man nicht

Die neue „Sozialhilfe“:
Ignoranz und Demütigung für
Menschen in Not.

EINE KOLUMNE VON MARTIN SCHENK
Illustration: Petja Dimitrova

Es war einmal ein arm Kind und hatt' kein Vater und keine Mutter, war alles tot, und war niemand mehr auf der Welt... Und weil auf der Erde niemand mehr war, wollt's in Himmel gehn, und der Mond guckt es so freundlich an; und wie es endlich zum Mond kam, war's ein Stück faul Holz. Und da is es zur Sonn gengan, und wie es zur Sonn kam, war's ein verwelkt Sonneblum ... Und wie's wieder auf die Erde wollt, war die Erde ein umgestürzter Hafen. Und da hat sich's hingesetzt und geweint, und da sitzt es noch und is ganz allein.“ Dieses Anti-Märchen erzählt die Großmutter dem kleinen Buben von Woyzeck in Georg Büchners Dramenfragment aus dem Jahr 1837. Woyzeck schlägt sich mit Teilzeitjobs für Marie und sein Kind durch, un-gesehen, zum Objekt degradiert, andauernd der Ignoranz seiner Umgebung ausgesetzt. Woyzeck erzählt von einem Leben ohne soziale Anerkennung und „gesehen werden“.

„Die im Dunkeln sieht man nicht“, heißt eine aktuelle Erhebung, die den Auswirkungen der von Schwarz-Blau eingeführten „Sozialhilfe“ nachgeht – in NÖ, OÖ, Salzburg und Vorarlberg. Die Folgen für Menschen mit Behin-



Martin Schenk ist Sozialexperte
der Diakonie Österreich.

derungen, Wohnen, Frauen in Not, Gesundheit und Kinder sind massiv. Die Verschlechterungen treffen alle. Zu besonders drastischen Kürzungen kommt es etwa bei Menschen mit Behinderungen, deren Unterhaltsforderungen jetzt österreichweit als Einkommen gewertet werden. Kinder sind durch Kürzungen vielfach in ihrer Entwicklung eingeschränkt. Eine weitere massive Verschlechterung betrifft die Leistungen fürs Wohnen, auch die Wohnbeihilfe wird jetzt von den zuständigen Behörden einbehalten. Woyzeck: „Wir arme Leut – Sehn Sie, Herr Hauptmann: Geld, Geld! Wer kein Geld hat. Unsereins ist doch einmal unselig in der und der andern Welt.“

Bei der Erhebung geben 84 Prozent der Befragten an, dass durch die Einführung der Sozialhilfe das Verfahren nicht vereinfacht wurde. Der Ton sei vielmehr rauer geworden. Auch die helfende Praxis habe bei jenen Leistungen abgenommen, die Behörden ohne Rechtsanspruch in Härtefällen gewähren: 70 Prozent berichten von einer Verschlechterung bei der Vermeidung von Härtefällen. Und das in Zeiten der Teuerung. Woyzeck: „Die Erd is höllenheiß – mir eiskalt, eiskalt – Die Hölle is kalt, wollen wir wetten.“

POLIZEIKOLUMNE

Meinungs- beherrschende Stellung

Die Polizei ist eine mächtige und wirkungsvolle Organisation. Ihr Einfluss auf die öffentliche Meinung muss begrenzt werden.

POLIZEIKOLUMNE - PHILIPP SONDEREGGER
BEOBACHTET DIE STAATSGEWALT.
Illustration: Petja Dimitrova

Eine impffreundliche Ärztin wird über Monate massiv bedroht. Nachdem die Polizei wegen Untätigkeit in die Kritik kommt, verteidigt ein Sprecher seine Behörde mit dem Hinweis, es handle sich bei der Frau um eine Wichtiguerin. Der Behördenvertreter beschädigt die Glaubwürdigkeit eines Opfers schwerer Kriminalität, um die Polizei in einem besseren Licht dastehen zu lassen. Er stützt sich dabei auf Informationen, die ihm lediglich aufgrund der außerordentlichen Befugnisse der Exekutive zugänglich sind. Selbst wenn die Charakterisierung nicht völlig aus der Luft gegriffen wäre, ist das eine inakzeptable Grenzüberschreitung. Ein derartiger Missbrauch der polizeilichen Sonderstellung ist kein Einzelfall. Als Umar Israilow von Kadyrow-Leuten in Wien erschossen wurde, nachdem ihm Polizeischutz verwehrt wurde, lancierte ein Sprecher des BMI Hintergrundgeschichten über die „tschetschenische Mafia“. Der Wiener Polizeipräsident hat schiefgelaufene Versammlungseinsätze wiederholt mit pauschalen und undifferenzierten Vorwürfen einer „gewaltbereiten Antifa“ gerechtfertigt. Die Polizei genießt breites Vertrau-

CLARTEXT



Philipp Sonderegger ist Menschenrechtler, lebt in Wien und bloggt auf phsblog.at.



Clara Akinyosoye ist Journalistin bei orf.at und Ex-Chefredakteurin von M-Media.

Eine Frage des Überlebens

Wer heute ein traditionelles Medium leitet, sollte jetzt Schritte setzen, um mehr Diversität ins Haus zu bringen. Es ist auch eine Frage des Überlebens.

CLARA AKINYOSOYE SAGT ES NICHT DURCH DIE BLUME. EINE KOLUMNE ÜBER DIVERSITÄT UND MIGRATION. Illustration: Petja Dimitrova

en in der Öffentlichkeit und setzt ihr Gewicht auch ein, um Einfluss auf die öffentliche Meinung zu nehmen. Keine andere Berufsgruppe kann mit so viel Unterstützung rechnen. Sogar Grüne goutieren die Forderung nach mehr Polizist*innen. Neben erfolgreicher Ständesvertretung prägt die Polizei aber auch politische Debatten. Zum Beispiel dominiert sie mit ihrer Perspektive die Flüchtlingspolitik. Dabei greift die Exekutive heute auf eine professionelle PR zurück und verfügt über personelle und finanzielle Ressourcen, von denen NGOs, Medien oder Wissenschaft nur träumen können. Noch dazu bringt die Polizei das Amtsgeheimnis in Stellung, wenn sie sich nicht in die Karten schauen lassen will.

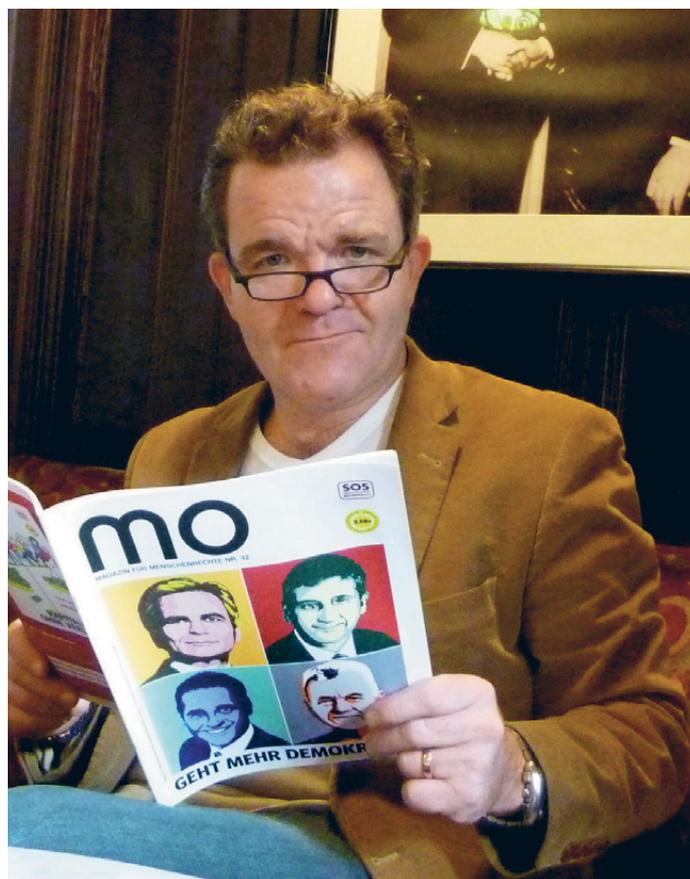
Abschließend: In der Demokratie soll die Polizei wirkungsvoll, dafür aber nicht politisch einflussreich sein. Damit sie Mittel zum Zweck bleibt. Ihre Sonderrechte müssen mit wirksamer Kontrolle durch Gerichte, Politik, Medien und Zivilgesellschaft einhergehen. Und sie muss selbst eine Zurückhaltung und Bescheidenheit an den Tag legen, die dem Monopol auf Ausübung legitimer Gewalt angemessen ist.

Österreichs Medien tun zu wenig für mediale Integration. Sowohl die Repräsentation von Angehörigen ethnischer Minderheiten in den Redaktionen als auch die Berichterstattung über sie ist nach wie vor mangelhaft – wenngleich es auch Verbesserungen gibt. Seit bald 15 Jahren rede ich mir den Mund deshalb fusselig: in Interviews, bei Vorträgen und Podiumsdiskussionen, in persönlichen Gesprächen und im übertragenen Sinn auch in Kommentaren und Kolumnen. Zehn Jahre ist es mittlerweile her, dass das Pionierprojekt für mediale Integration, die vom multi-ethnischen und multikulturellen M-MEDIA-Redaktionsteam gestaltete „Integrationsseite“ in der Tageszeitung „Die Presse“ eingestellt wurde. Als Leiterin der vom Journalisten Simon INOU gegründeten M-MEDIA-Redaktion war ich immer wieder mit denselben Fragen konfrontiert: Weshalb braucht es unbedingt mehr Journalist*innen mit Migrationshintergrund, was passt denn nicht mit der Berichterstattung? Und diversere Redaktionen – ja, wie könne das denn gelingen? Schließlich sei es schwierig, Migrant*innen zu finden, die perfekt Deutsch sprechen.

Was mediale Integration betrifft, waren Österreichs Medien eben lange in einem Dämmer Schlaf. Und mir scheint: Manche dösen immer noch. Manager*innen von traditionellen Medien, die heute noch immer kein Bewusstsein dafür haben, wie wichtig es ist, die Diversität der Gesellschaft in Personal und Berichterstattung abzubilden, sollte es nach den jahrelangen Debatten heute eigentlich nicht mehr geben. Aber es gibt sie und sie sollten rasch verstehen: Diversität ist keine Frage der politischen Korrektheit und auch keine Wohltätigkeit. Angehörige ethnischer Minderheiten haben heute mehr denn je die Möglichkeit über digitale Plattformen Inhalte zu konsumieren, die sie in ihrer Lebensrealität abholen. Dass sie sich von einer Medienbranche, die Angehörige ethnischer Minderheiten oft immer noch als Problem darstellt oder ignoriert, letztlich abwenden, dürfte keine große Überraschung sein. Wem das wurscht ist, der hat sich mit der demographischen Entwicklung in diesem Land noch nicht auseinandergesetzt. Wer relevant bleiben will, muss divers sein. Es ist nicht zuletzt eine Frage des wirtschaftlichen Überlebens.

**„Menschenrechte gehen
uns alle an. Mir ist die
unabhängige Aufbereitung
von Menschenrechtsthemen
im MO-Magazin von SOS
Mitmensch 86 Euro im
Jahr wert. Ihnen auch?“**

Cornelius Obonya



ABO-BESTELLUNG

- MO-Soliabo – 4x jährlich MO lesen um 86 Euro**

ZAHLUNGSART

- Einziehungsermächtigung (Einzug 1x jährlich)

IBAN

BIC

Vorname, Name

E-Mail

- Zahlschein

LIEFERADRESSE

Vorname, Name

Adresse

PLZ | Stadt

E-Mail

E-Mail abo@momagazin.at

Fax 01/524 99 00-9

Post SOS Mitmensch, Zollergasse 15/2, A-1070 Wien



**MO – Die Menschenrechte
im Auge behalten!**

POPULÄRKULTUR

Neues aus der Parallelgesellschaft

Österreichische Muslime werden oft als religiöse Fanatiker oder als Parallelgesellschaftler portraitiert, den Durchschnitt sucht man vergeblich. Ein persönlicher und humorvoller Blick auf den Alltag einer wienerisch-muslimischen Suderantin.

TEXT: NOUR EL-HOUDA KHELIFI

Als migrantische Person macht man sich erst recht Gedanken über das eigene Aussehen und mögliche Konsequenzen davon, wenn man sich das erste Mal auf den Arbeitsmarkt wagt. Ich kann mich noch gut erinnern, als ich frisch von der Matura Bewerbungen rausgeschickt und mich teilweise gewundert habe, wieso nur Absagen oder gar keine Antworten zurückkamen. Ich hatte bis dato nur wenige diskriminierende Erfahrungen aufgrund meines Kopftuchs gemacht, sodass ich nicht wirklich ein Gefühl dafür hatte, wie meine Erscheinung oder besser gesagt das Kopftuch auf andere Menschen wirkt. Schließlich war es für mich das Normalste der Welt. Ich wurde aber eines Besseren belehrt. Mit dem Einstieg in die Arbeits- und Uniwelt musste ich lernen, wie Vorurteile sich äußern. Davor war ich noch in dem „geschützten“ Raum Schule. Auf der Uni, bei einem Aushilfsjob und mit dem Einstieg in den Journalismus erlebte ich aber ein Ausmaß an Alltagsrassismus, den mein junges, naives Ich damals schwer begreifen konnte. Niemand kann dich auf solche Situationen vorbereiten.

Identitäts-Bingo

Ich war 19 Jahre alt, als ich mit dem Journalismus in Wien angefangen habe und hatte das romantisierte Bild von gebildeten, aufgeschlossenen und weltoffenen Menschen, abgesehen vom Boulevard. Sie können sich also vorstellen, wie geschockt und klein ich mich gefühlt habe, als ich mit dieser gar nicht aufgeschlossenen Blase konfrontiert wurde. Es wurde de facto Bingo mit meinen vermeintlichen Identitätszuschreibungen gespielt. Ich war die Türkin, ich war ein geflüchteter Mensch, ich war die, die kein Deutsch spricht, die auf Englisch angesprochen wurde. Die, die als Putzkraft angesehen wurde oder vom Cateringservice, die sich in der Etage vertan hatte. Ich war alles, nur keine österreichische Journalistin. Schubladendenken haben wir alle, mich eingeschlossen. Aber wie schnell ich da in Schubladen gesteckt wurde, bevor überhaupt nach meinem Namen gefragt wurde, war verletzend. Umso größer war der Schock auf der Gegenseite, wenn man realisiert hat, dass ich wirklich und zu 100 Prozent die neu eingestellte Redakteurin war. Wie lange ich belächelt wurde, weil einige



Illustration: Petja Dimitrova

Kolleg*innen davon ausgingen, dass ich nur als Praktikantin hier bin, bisschen Journalistenluft schnuppern und dann wieder zurück in mein belangloses Leben. Auch hier können Sie sich wieder vorstellen, wie groß die Augen und der Neid wurden, als ich renommierte Preise und Auszeichnungen für meine journalistische Arbeit erhalten habe.

Ich weiß, es ist 2022. Aber es ist fast zehn Jahre nach meiner Matura noch immer nicht selbstverständlich, dass jemand, der wie ich oder eben nicht österreichisch-autochthon aussieht, in gewissen Branchen toleriert, geschweige denn akzeptiert wird. Ich kann mir diese Frage selbst auch nicht beantworten, weil ich nicht ganz nachvollziehen kann, warum man gewisse Szenen so exklusiv halten möchte. Dieselben Gesichter, Namen und Perspektiven – jahrzehntelang. Wäre doch viel spannender, wenn ein bisschen Konkurrenz reinkommt, mit frischen Ideen, Mindsets und Blickwinkeln. Widerrede und Diskussionen sind Dünger für Anregungen, Horizonterweiterungen und spannende, gesunde Diskurse. Das könnte der österreichische Journalismus auf jeden Fall gut vertragen.

ANDERE ÜBER...

Wir müssen die Verteilungsfrage stellen.

Stark steigendes Armutsrisiko unten, kaum Wohlstandsverluste oben. Die Regierungsmaßnahmen sind umfangreich, aber wenig zielgerichtet.

KOMMENTAR: MARKUS MARTERBAUER

Heizöl: plus 109 Prozent; Gas: plus 71 Prozent; Treibstoffe: plus 63 Prozent; Flugtickets: plus 44 Prozent. Die Energiepreise gehen durch die Decke. Doch mittlerweile hat der Preisauftrieb auch viele andere Produkte erfasst, so wurde Butter um 36 Prozent teurer, Brot um 11 Prozent. Die allgemeine Inflationsrate lag im Juli bereits bei 9,2 Prozent und steigt weiter. Einerseits weil Energie als wichtiges Vorprodukt die Kosten der Produktion anderer Güter und Dienste erhöht, andererseits weil sich die allgemeine Teuerung trefflich zur heimlichen Erhöhung von Gewinnmargen eignet. Das gilt für Mineralölkonzerne ebenso wie für Energieversorger, Wohnungsvermieter und all jene Unternehmen, die munter Teuerungsaufschläge verrechnen, ohne in gleichem Maß höhere Kosten zu haben.

Die Inflation hat sehr unterschiedliche Wirkung. Das obere Einkommensdrittel konsumiert besonders viel bei Individual- und Flugverkehr, Restaurants und Kultur. Steigen die Preise, so führt das dort nicht zu weniger Konsum, sondern es wird einfach weniger gespart, der Wohlstand sinkt kaum. Ganz anders im unteren Drittel, das

besonders unter dem Anstieg der Kosten für Wohnen, Haushaltsenergie und Nahrungsmittel leidet. Weder können diese Ausgaben vermieden werden, noch bestehen Ersparnisse. Die Folge: Andere wichtige Ausgaben müssen verringert werden, das Armutsrisiko steigt. Das betrifft 1,3 Millionen Haushalte, darunter besonders Arbeitslose, Eineltern- und Mehrkindefamilien, Mindestpensionist*innen, prekär Beschäftigte und Hilfsarbeiter*innen.

Die Bundesregierung reagierte mit unzähligen Einzelmaßnahmen. Im Unterschied zu anderen Ländern griff sie bislang kaum in die überhöhten (Energie-) Preise ein. Dagegen erfolgten viele Maßnahmen des Teuerungsausgleichs: Von der Erhöhung des Pendlerpauschales, über die zusätzliche Familienbeihilfe, Aufstockung des Klimabonus, Teuerungsausgleich, Sonderzahlung für Transferbezieher*innen bis zur Indexierung von Sozialleistungen. Grosso modo erfreuliche Maßnahmen, die direkt helfen, doch auch Mängel haben: Sie sind meist nur einmalig und ändern nichts an der fehlenden Armutsfestigkeit der untersten sozialen Netze. Damit drohen Hunderttausende in Armut abzurutschen. Kostspielig ist die Abschaf-



Illustration: Petja Dimitrova

fung der kalten Progression, die 2023 erfolgt. Sie ist begründet, wirkt dauerhaft, nutzt vor allem dem oberen Drittel und wird dort die Ersparnisse weiter erhöhen.

Der Kampf gegen die sozialen Folgen der Teuerung braucht mehr. Erstens, direkte Eingriffe in die Preise von Mieten bis Strom und Gas. Zweitens, markante Erhöhung von Sozialhilfe, Arbeitslosengeld, Mindestpension und Unterhaltsvorschuss, um den Sozialstaat armutsfest zu machen. Drittens, kräftige Erhöhung der Kollektivvertragslöhne, besonders der Lohnuntergrenze für Vollzeitjobs, die sofort auf mindestens 1.700 Euro pro Monat steigen müsste. Viertens, Übergewinnsteuer auf sachlich nicht gerechtfertigte Gewinne. Denn die Bekämpfung schädlicher Ungleichheit muss auf beiden Seiten ansetzen: Bei der Verhinderung von Armut ebenso wie bei der Begrenzung des Überreichtums.

Markus Marterbauer ist Chefökonom der Arbeiterkammer Wien und Vize-Präsident des Fiskalrates. Am 26. September erscheint im Zsolnay Verlag: Markus Marterbauer, Martin Schürz „Angst und Angstmacherei. Für eine Wirtschaftspolitik, die Hoffnung macht.“

A portrait of Ghoussuddin Mir, a middle-aged man with a balding head and a friendly smile. He is wearing a light blue textured blazer over a blue and white striped shirt. The background is a soft-focus green foliage.

„Die Dinge, die ich erlebt habe,
als wir als Flüchtlinge in
dieses Land gekommen sind,
haben mir gezeigt, was ich
für andere tun muss.
Die Menschen müssen raus
und sich mitteilen.“

Ghoussuddin Mir
62 Jahre
floh 1994 aus Afghanistan

Diese und weitere Geschichten vom Ankommen
und Willkommen-Heißen findest du auf:
WWW.HIERANGEKOMMEN.AT



**Mavie, 42 Jahre
deutscher Pass
seit 13 Jahren
in Österreich**

PASS EGAL WAHL

4.10.2022

15 - 20 Uhr

In Wien: Ballhausplatz 1, 1010

Infos zu Wahlmöglichkeiten:
WWW.PASSEGALWAHL.AT

